



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 14/15
Dienstag, 27. November 2007
Erster Teil 16:06 - 18:04 Uhr
Zweiter Teil 19:02 – 21:24 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 11.12.07

Vorsitz:	Alfred Tappolet	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Theresia Derksen Rolf Amstad	CVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 48 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Roland Schöttle	parteilos
Anfang der Sitzung:	Christian Hablützel Edgar Zehnder Lotti Winzeler	SP SVP OeBS

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	VdSR Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	Seite 432
---	---	------------------

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
08.05.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft „Logierhaus“ auf GB Nr. 5736 im Baurecht an die International School of Schaffhausen	SPK
03.07.07	VdSR Totalrevision der städtischen Polizeiverordnung	SPK
05.07.07	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit der Sankt-Florian-Politik – Entscheid Ersatz Trolleybus jetzt	
24.07.07	VdSR Pilotphase zu den Motionen Othmar Schwank „Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit“ und Iren Eichenberger „Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige“	SPK
14.08.07	Interpellation Martin Roost (parteilos): Schulpolitik und Schulraumplanung	
14.08.07	VdSR NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum: Investitionsbeitrag, wiederkehrende Betriebsbeiträge, Baurechtsabgabe und Kunstrasenspielfeld „Schweizersbild II“	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz	SPK
18.09.07	VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit	SPK
14.09.07	Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung	
18.09.07	Postulat Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP): Schaffung von Einsatzplätzen für Zivildienstleistende in der städtischen Verwaltung	
18.09.07	VdSR Vergabe der städtischen Parzelle GB Nr. 21'909, Thayngerstrasse, im Baurecht	GPK
19.09.07	VdSR Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	GPK
16.10.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 9 im Baurecht	GPK
16.10.07	VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates	SPK
02.10.07	Postulat von Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP): „Energienstadt Schaffhausen – vermehrte Nutzung der Photovoltaik	
29.10.07	Postulat Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2 emissionsarme Beleuchtung	
30.10.07	Motion Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit „flächendeckend in der Stadt Schaffhausen“	
06.11.07	VdSR Zusammenschluss der Gemeinde Hemmental mit der Stadt Schaffhausen	SPK
06.11.07	VdSR Projektentwicklung Areal Bleiche: Landverkauf aufgrund Zuschlagsentscheid Investorenwettbewerb	SPK

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, eröffnet die doppelte Ratssitzung Nr. 14/15 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne. Johanna Theiler steht als Unterstützung zu Traktandum 1 aus der Zentralverwaltung zur Verfügung.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Die schriftliche Absage des Stadtrates vom 21.11.07 für die Orientierungsveranstaltung und die Kommissionssitzung der SPK IGA 2017 vom 28.11.07. Die VdSR vom 18.09.07 wird einstweilen sistiert.
- Anträge des Stadtrates und der GPK zum Budget 2008 vom 21.11.07
- Austauschblätter für die Kommentare zum Budget 2008 der Stadtgärtnerei
- Einladung für die Veranstaltungen der Menschenrechtstage in Schaffhausen vom 28.11.-13.12.07
- Newsletter Wirtschaftsförderung Dezember 2007
- SchaffhauserKulturBrief, 5. Ausgabe 2007

Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte:

Die GPK hat folgende Geschäfte verhandlungsbereit gemeldet:

- VdSR vom 18.09.07: Vergabe der städtischen Parzelle GB 21'909 „Thayngerstrasse“ im Baurecht und VdSR vom 16.10.07: Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 9 im Baurecht
- VdSR vom 24.07.07: Pilotphase zu den Motionen Othmar Schwank Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit und Irene Eichenberger Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige

VdSR vom 08.05.07: Abgabe der Liegenschaft Logierhaus auf GB 5736

Diese Geschäfte werden auf der nächsten Traktandenliste erscheinen.

Das Büro hat folgende Vorlagen an Spezialkommissionen zugewiesen:

- VdSR vom 06.11.07: Zusammenschluss der Gemeinde Hemmental mit der Stadt Schaffhausen. Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 13er SPK vor, einladende Fraktion: SP/AL. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR vom 06.11.07: Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheides im Investorenwettbewerb. Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 13er SPK vor, einladende Fraktion: OeBS/EVP. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 13 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 VdSR Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen**

Alfred Zollinger (SVP)**GPK-Bericht**

"Einmal mehr darf ich Sie als GPK-Präsident auf die heutige Budget-Debatte einstimmen. Ich gehe davon aus, dass sich alle Fraktionen ausgiebig mit der Botschaft des Stadtrates vom 18. September 2007 und den dazugehörigen Budgetunterlagen befasst haben. Deshalb werde ich mich auf die wesentlichsten Punkte beschränken.

Die vom Stadtrat und der GPK gestellten Nachträge und Anträge zum Budget 2008, die ich noch speziell begründen werde, liegen heute vor Ihnen. Ich bin überzeugt, dass die Fraktionen im Wesentlichen bereits durch die GPK-Mitglieder vororientiert wurden.

Im vorliegenden Budget sind die Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleiches (NFA) und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sowie der innerkantonale Finanzausgleich für die Stadt Schaffhausen enthalten.

Deren Umsetzung liess sich die GPK an der Sitzung vom 6. September 2007, das heisst vor Vorliegen des Budgets 2008, erklären. Infolge Abwesenheit der Finanzreferentin informierte Werner Bianchi über den neu berechneten Ressourcen-, beziehungsweise Lastenausgleich und verteilte entsprechende Unterlagen.

Per Saldo kann festgehalten werden, dass sich die Zahlung der Stadt an den Finanzausgleich gegenüber dem Budget 2007 um rund Fr. 700'000.-- auf Fr. 230'000.-- reduziert. Diese Zahl finden Sie in der laufenden Rechnung auf Seite 93, Position 9200 Finanzausgleich, Konto 341.000. Ich muss aber klar darauf hinweisen, dass sich diese Zahl noch verändern kann, da die Berechnungsgrundlagen noch nicht auf den aktuellsten Zahlen der Bildungs- und Sozialhilfelast sowie der Steuerkraft vorgenommen werden konnte.

Gemäss der Botschaft des Stadtrates zum Voranschlag 2008 resultiert in der laufenden Rechnung ein Aufwand-Überschuss, siehe Seite 6, von Fr. 1'456'600.-- und in der Investitionsrechnung, siehe Seite 8, ein Ausgabenüberschuss von Fr. 12'217'800.--. Darin ist der Steuerfussaustausch von 6 Punkten mit dem Kanton, aufgrund des neuen Finanzausgleiches, sowie ein eine weitere Senkung um einen Punkt auf neu 98% enthalten.

Die Schwerpunkte des Budgets 2008 betreffend die laufende Rechnung sind auf Seite 5, die wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem Budget 2007 auf den Seiten 7 und 8 aufgeführt.

Aus den Kennzahlen geht hervor, dass sich der Selbstfinanzierungsgrad leicht verschlechtert hat, was vor allem auf die erhöhte Bruttoinvestitionsquote zurückzuführen ist. Auf Seite 8 sind die grösseren Investitionen aufgeführt.

Innerhalb der GPK wurde das Budget wie folgt behandelt:

Am 19. September 2007 stellte die Finanzreferentin, Veronika Heller, das Budget 2008 vor. Zusätzlich anwesend waren die Herren Thomas Jaquet/Leiter ZV und Werner Bianchi/Leiter Controlling. Die Finanzreferentin wies speziell auf ein ausserordentliches Budget hin, weil Unsicherheitsfaktoren wie NFA, innerkantonaler

Finanzausgleich und die Revision des Steuergesetzes/Unternehmenssteuerform noch vorhanden sind. Die Abschreibungen sind gemäss Gemeindegesetz auf den Minimalsatz von 10% angesetzt.

Die GPK trat einstimmig auf den Voranschlag 2008 ein, der in der Laufenden Rechnung einen Aufwand- Überschuss von Fr. 1'456'600.-- und in der Investitionsrechnung einen Ausgaben-Überschuss von Fr. 12'217'800.-- aufweist. Darin inbegriffen ist eine Steuerfussenkung von 6 plus 1, das heisst total 7 Punkte.

Danach wurden zwei Dreiergruppen gebildet. Der Sprechende wirkte in beiden Gruppen beim Erstellen der Fragenkataloge mit, welche entsprechend eingereicht wurden.

Am 31. Oktober 2007 fand die erste Beantwortungsrunde der gestellten Fragen statt, woran seitens der Verwaltung die Finanzreferentin, Johanna Theiler/ZV und Alfred Stamm/Leiter FIKO teilnahmen. Von den über 160 eingereichten Fragen konnte der weitaus grösste Teil zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden. Die noch offenen Fragen, die vor allem im Zusammenhang mit budgetierten Projekten standen, wurden zu Händen der Elefantenrunde weitergeleitet.

Diese fand am 14. November 2007 statt. Anwesend waren die Finanzreferentin, die Herren Thomas Jaquet und Alfred Stamm sowie temporär die übrigen Stadträte, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen mussten. Aufgrund der erhaltenen Antworten wurden verschiedene Änderungsanträge verabschiedet, die auf der aufliegenden Liste „Antrag des Stadtrates und der GPK/Nachträge zum Budget 2008“ aufgeführt sind.

Nach Berücksichtigung dieser Anträge ergibt sich bei der laufenden Rechnung ein Aufwandüberschuss von Fr. 524'700.-- und bei der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von Fr. 11'942'800.--. Zusätzliche Investitionen 2008, die sich aus den vom Grossen Stadtrat oder von den Stimmberechtigten noch nicht genehmigten Vorlagen ergeben, sind dabei usanzgemäss nicht berücksichtigt.

Bei den Anträgen zum Budget 2008, Seite 13 der Botschaft, wurden zu Antrag 2, Gemeindesteuerfuss, zwei zusätzliche Anträge gestellt. Einerseits den Steuerfuss nur um 6 Punkte und andererseits um 8 Punkte zu senken. Aufgrund der Abstimmungen wurde beschlossen, den Steuerfuss gemäss Antrag des Stadtrates auf 98 % zu belassen.

Beim Antrag 3, Lohnsummenentwicklung, müssen die 2,8% durch 2,1% ersetzt werden.

Beim Antrag 4 betreffend einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung wird bei der Position 942.703.121 Kammgarn, Ausbau Infrastruktur, noch eine ergänzende Formulierung betreffend den gebundenen Ausgaben angebracht. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Schlussendlich verabschiedete die GPK mit 3 : 0 Stimmen, bei drei Enthaltungen und einer Abwesenheit, das Budget 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit den vorliegenden Anträgen zu Händen des Grossen Stadtrates.

Ich bitte Sie nun die Botschaft des Stadtrates vom 18. September 2007 sowie die erhaltenen Blätter „Antrag des Stadtrates und der GPK/Nachträge zum Budget

2008“, datiert vom 14. November 2007, zur Hand zu nehmen, damit ich die Anträge der GPK erläutern kann.

Als Ausgangslage dient die Botschaft des Stadtrates, die auf Seite 4 für die laufende Verwaltungsrechnung einen Aufwand- Überschuss von Fr. 1'456'600.--, und auf Seite 8 für die Investitionsrechnung einen Ausgaben- Überschuss von Fr.12'217'800.-- ausweist. Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der Stadtrat/GPK-Anträge bezeichnet mit „Budget 2008 – Ergebnis Laufende Rechnung bisher/Aufwandüberschuss“ auf Blatt 1, beziehungsweise „Budget 2008 - Ergebnis Investitionsrechnung bisher/Aufwandüberschuss“ auf Blatt 3. Danach sind jeweils die Änderungsanträge der GPK aufgeführt.

Allfällige Fragen und anderweitige Anträge sind jeweils unter der entsprechenden Kontoposition bei der Detailbehandlung des Budgets zu stellen.

In der hintersten Kolonne, bezeichnet mit „Auswirkung Budget 2008“ werden mit Minus zusätzliche Einnahmen, beziehungsweise Minderausgaben und ohne Vorzeichen zusätzliche Ausgaben, beziehungsweise Mindereinnahmen bezeichnet. GPK-Abstimmungsergebnisse werde ich nur erwähnen, sofern dem Antrag nicht einstimmig zugestimmt worden ist.

Die nachfolgenden Änderungsanträge sind hiermit von der GPK für die Detailberatung gestellt:

Laufende Rechnung (Blatt 1) Ausgangslage

Aufwandüberschuss

Fr. 1'456'600.--

0280 Allgemeiner Personalaufwand

301.200 Verwaltung, Lohnsummenentwicklung

- Fr. 400'000.--

302.200 Lehrkräfte, Lohnsummenentwicklung

- Fr. 130'000.--

303.003 Anteil Sozialleistungen

- Fr. 102'000.--

Budgetiert wurde die Lohnsummenentwicklung mit 2,8%, beinhaltend einen Teuerungsausgleich von 1,5%. Da per Ende September 2007 der Teuerungsausgleich mit 0,8% ausgewiesen wurde, reduzieren sich die erwähnten Positionen um 0,7%, d.h. die Lohnsummenentwicklung beträgt 2,1 %, die der Stadtrat vorgesehen hat, wie folgt aufzuteilen:

Generelle Erhöhung	0,8% (analog Teuerung)
Individuelle Erhöhung	1,2%
1 Tag mehr Ferien bis Alter 59	0,1%
Ausbau Vaterschaftsurlaub von 3 auf 5 Tage	0,0%
Total Entwicklung	2,1%

Somit ergibt sich die gleiche Anpassung wie beim Kanton, obwohl dort von 2,2% gesprochen wird. Im Kanton wird zusätzlich über die gesamte Lohnsumme zur Honorierung einmaliger Sonderleistungen oder besonderer Belastungen noch 0,1% eingeschlossen, während die Stadt für den gleichen Zweck auf Position 0280.301.008 Fr. 132'500.-- budgetiert hat.

366.201 Umweltbonus an Mitarbeiter/innen

- Fr. 130'000.--

Gemäss Kommentar soll der Umweltbonus zu einem „Job Ticket“ ausgebaut werden. Der GPK wurde erklärt, dass zurzeit Verhandlungen mit dem Tarifverbund am Laufen sind. Aber konkrete Angaben konnten nicht gemacht werden. Deshalb hat die GPK

mit 4 : 2 Stimmen, bei einer Abwesenheit, beschlossen, den beantragten Mehrbetrag von Fr. 130'000.-- zu streichen. Dazu kommt, dass ein Alleingang der Stadt nicht angebracht ist, ist doch ein sogenanntes „Job Ticket“ im Kanton kein Thema.

290 Übriger allgemeiner Aufwand

318.222 Unterhalt GIS (neues Konto)

Fr. 76'000.--

Bei diesem Betrag handelt es sich um Betriebskosten, die mit Fr. 100'000.-- in der Investitionsrechnung unter 029.506.008 enthalten waren. Die Verhandlungen mit dem Kanton zwecks Aufteilung der Betriebskosten sind noch nicht abgeschlossen. Die GPK hat für die Umrechnung der Betriebskosten den gleichen Ansatz genommen, wie dieser für andere Gemeinden vorgesehen ist.

1020 Einwohnerkontrolle

439.000 Verschiedene Einnahmen

Fr. 16'600.--

Diese Reduktion, Einnahmen Passfotos, wurde doppelt budgetiert, das heisst bereits auf Konto 435.000. Deshalb müssen die Einnahmen auf dieser Position gekürzt werden.

1130 Schaffhauser Polizei

351.001 Entschädigung, Anteil Stadt

Fr. 53'800.--

Gegenüber Budget 2007 wurde der Betrag um Fr. 1,5 Mio. reduziert aufgrund der Neuordnung des Finanz- und Lastenausgleiches. Aber eine teuerungsbedingte Anpassung um 1,5% wird per 01.01.08 vorgenommen. Die Differenz zwischen Ausgangsindex September 2005 und Septemberindex 2007 beträgt 1,53%. Die Regierung ist gemäss Polizeiorganisationsgesetz ermächtigt, die Entschädigung an die Teuerung anzupassen, sofern sich der Landesindex der Konsumentenpreise seit der letzten Anpassung um mindestens ein Prozent verändert hat. Die neue Entschädigung war im Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen in der Nr. 43 vom 26.10.07 aufgeführt.

2100 Primarschulen

302.000 Besoldungsanteile

Fr. 25'000.--

302.100 Stellvertretungen

Fr. 40'000.--

303.000 Sozialleistungen

Fr. 12'700.--

Aufgrund des Beschlusses des Regierungsrates vom 28. August 2007 im Zusammenhang mit der Einführung von Englisch in der Primarschule.

390.012 Verrechnung Schulsozialarbeit

- Fr. 89'500.--

(Gegenkonto 5481.490.012)

Dieser Betrag war vorgesehen für die Einführung der Schulsozialarbeit in der Primarschule. Weder ein fundiertes Konzept als Entscheidungsgrundlage für diese Ausdehnung, noch ein detaillierter Bericht der Schulsozialarbeit liegen vor. Aus diesem Grunde und auch im Hinblick auf die zukünftigen Auswirkungen der laufenden Schulgesetzrevision hat die GPK mit 4 : 3 Stimmen diesen Betrag gestrichen.

4900 Allgem. Gesundheitswesen

390.013 Weiterleitung des Kantonsbeitrages

- Fr. 28'900.--

461.100 Kantonsbeiträge (Altersbetreuungs- und Pflegegesetz)

Fr. 28'900.--

Dieser Ein- und Ausgang betrifft des Künzle-Heim. Die geringere Belegung während der Bauzeit hat entsprechende Auswirkungen auf den Kantonsbeitrag, was Sie der vor Ihnen liegenden Beilage 1, Punkt 2, entnehmen können.

5480 Fachstelle Quartier und Jugendarbeit**309.100 Übriger Personalaufwand****- Fr. 3'000.--**

Die Fachhochschule St. Gallen übernimmt die Umsetzung kostenlos. Somit können die budgetierten externen Coaching Kosten gemäss SR Thomas Feurer gestrichen werden.

5481 Schulsozialarbeit**301.000 Besoldungen****- Fr. 75'000.--**

Seite 2

303.000 Sozialleistungen**- Fr. 14'500.--****490.012 Verrechnung Schulsozialarbeit****Fr. 89'500.--**

Ausgleichsbuchungen im Zusammenhang mit Konto 2100.390.012.

5483 Events/Information, Jugendhaus**309.000 Weiterbildung****- Fr. 3'000.--**

Gemäss SR Thomas Feurer wurde diese Position aufgrund einer falschen Information zu hoch budgetiert. Das Wirtepatent kann bei Bedarf mit geringerem finanziellem Aufwand erlangt werden. Beim Kanton wird eine Betriebsgenehmigung ohne Kostenfolge für das Jugendhaus (analog Museum) beantragt.

5484 Begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene**301.000 Besoldungen****Fr. 17'000.--****303.000 Sozialleistungen****Fr. 3'300.--**

Kosten für eine 50%-Stelle für die Zeit vom 1. Januar – 30. Juni 2008 gemäss Stadtratsbeschluss vom 6. November 2007.

5700 Altersheim am Kirchhofplatz**314.300 Unterhalt der Gebäude und Anlagen****- Fr. 22'000.--**

Der budgetierte Kombidämpfer musste bereits im Jahre 2007 ersetzt werden, was deshalb mittels Nachtragskredit des Stadtrates vom 18. September 2007 bewilligt wurde.

5702 Künzle-Heim und Huus-Emmersberg**Aufwand****- Fr. 1'089'400.--****Ertrag****Fr. 1'354'300.--**

Infolge der bevorstehenden Sanierung musste ein revidiertes Budget erstellt werden, das Sie heute als Beilage 1 erhalten haben. Gegenüber dem ursprünglichen Budget erhöhen sich die Mehrausgaben um Fr. 264'900.--, das heisst von ursprünglich Fr. 429'700.-- auf Fr. 694'600.--. Diese Beilage 1 ersetzt das ursprüngliche Budget, das somit ausgewechselt werden muss.

5708 Beiträge an nichtstädtische Altersheime**361.004 Beitrag an kantonales Pflegezentrum****Fr. 126'300.--**

Gemäss Schreiben des Gesundheitsamtes des Kantons Schaffhausen vom 4. September 2007. Die Erhöhung erfolgt im Zusammenhang mit der neuen Aufgabenteilung Bund – Kantone (NFA) und dem dadurch notwendigen neuen Altersbetreuungs- und Pflegegesetz, beschlossen vom Kantonsrat am 2. Juli 2007.

5896 Quartierprojekte**316.004 Mietzinse Quartierswohnung****Fr. 8'600.--****311.400 Mobiliar, Geräte****Fr. 10'000.--**

Die Räumlichkeiten des ehemaligen Restaurants „Silvana“ an der Hochstrasse

werden gemietet und als Quartierbüro und Quartiercafé/Quartiertreff der dort ansässigen Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Für die Einrichtung sind Fr. 10'000.-- vorgesehen. Beide Beträge wurden mittels Stadtratsbeschluss vom 6. November 2007 bewilligt. Ferner werden die Kosten für den Umbau des ehemaligen Restaurants „Silvana“ in der Höhe von max. Fr. 50'000.-- dem bestehenden Verpflichtungskredit „Quartiererneuerung“, Konto 790.503.746, belastet.

6201 Strassensignalisation und –beleuchtung

312.000 Energie und Heizmaterial, Wasser - Fr. 1'291'200.--

Die Stromkosten für die Beleuchtung auf dem Stadtgebiet werden neu direkt vom EWS übernommen. Dadurch reduziert sich die Ablieferung an die Stadtkasse um Fr. 1'200'000.-- (siehe Konto 9320.463.200). Mit diesem Vorgehen kann die MWSt legal eingespart werden, was eine nachhaltige Entlastung der laufenden Rechnung der Stadt Schaffhausen mit sich bringt, für das Jahr 2008 Fr. 91'200.--.

6209 Reinigung, Unterhalt, Winterdienst

301.018 Löhne Betriebspers. Tiefbau für Strassenreinigung Fr. 25'000.--

301.019 Löhne Betriebspers. Tiefbau für Strassenunterhalt Fr. 25'000.--

301.021 Löhne Betriebspers. Tiefbau für Winterdienst Fr. 10'000.--

303.000 Sozialleistungen Fr. 11'600.--

Kosten für eine zusätzliche Vollstelle gemäss Stadtratsbeschluss vom 13. November 2007.

6510 Nah- und Regionalverkehr

363.001 Verkehrsbetriebe, Defizitdeckung Fr. 120'000.--

Anteil der Stadt Schaffhausen an erhöhter Budgetierung des Dieselölpreises von ursprünglich Fr. 1.65 auf Fr. 1.80, abzüglich Reduktion Lohnsummenentwicklung.

7880 Bau- und Feuerpolizei

311.000 Anschaffung Informatik und bewegliches Inventar - Fr. 7'000.--

Ersatz des 8 Jahre alten Abgaseanalyse-Computers. Die Offerte für die Revision dieses Gerätes stand in einem schlechten Verhältnis gegenüber einer Neuanschaffung.

7890 Umweltschutz

366.205 Förderung von alternativen Energieerzeugungsanlagen und verbrauchabhängigen Heiz- und Warmwasserabrechnungen Fr. 200'000.--

Aufgrund der steigenden Energiepreise und vermehrtem Umweltbewusstsein ist mit einer zunehmenden Nachfrage für städtische Förderbeiträge für Kleinanlagen zu rechnen. Der Förderbeitrag beträgt Fr. 200.-- pro Gigajoule substituierte fossile Energie, mit einer Obergrenze von 25 % pro Anlage, aber höchstens Fr. 40'000.--. Auf Bundesebene werden Projektbeiträge nur für grosse Anlagen (Pilotprojekte) geleistet, was bisher für Schaffhausen nicht relevant war. Mittels Stadtratsbeschluss vom 13. November 2007 wird diese Erhöhung unterstützt.

9000 Gemeindesteuern

400.000 Einkommens- und Vermögenssteuern - Fr.1'000'000.--

In der Botschaft des Stadtrates, Seite 10, sind die Steuersoll-Zahlen 2008 detailliert aufgeführt. Aufgrund der guten Konjunktur und den noch ausstehenden Aufrechnungen für 2007 hat die GPK mit 3 : 2 Stimmen, bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit, das Steuersoll bei den juristischen Personen um 1 Million auf Fr. 25,7 Mio. erhöht. Damit liegt der erhöhte Betrag knapp unter den zu erwartenden Steuereingängen 2007. Per Jahresabschluss 2007 wird bei den Steuern auf das

„Soll-System“ umgestellt, wodurch Rechnung und Budget auf die gleiche Berechnungsbasis gestellt werden.

9320 Einnahmenanteile

441.000 Anteil an Benzinzoll- und Motorfahrzeugsteuern Fr. 43'000.--

380.025 Einlage in den Strassenbaufonds (Kto 11.462.025) - Fr. 43'000.--

Die Betragsänderung ist einerseits auf den Bund, die nochmalige Berechnung des ordentlichen Benzinzollanteils nach neuen Kriterien und dem NFA, zurückzuführen. Die neuen Zahlen wurden allen Gemeinden mittels Schreiben vom 24. Oktober 2007 durch das Tiefbauamt des Kantons Schaffhausen mitgeteilt.

Seite 3

463.200 Anteil am Ertrag des Elektrizitätswerkes Fr. 1'200'000.--

Wie bereits unter 6201.312.000 erwähnt übernimmt das EWS die Kosten der Strassenbeleuchtung und reduziert dafür im gleichen Umfang die Ablieferung an die Stadtkasse. Per Saldo kann dadurch aber die MWST eingespart werden.

Nach diesen Änderungen beträgt der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung Fr. 524'700.--

Ich muss aber noch darauf hinweisen, dass aufgrund der Lohnveränderungen bei einzelnen Finanzstellen ein Saldoausgleich zu erfolgen hat, wodurch sich das Budget um mehrere tausend Franken verändern kann.

Investitionsrechnung (Seite 3) Ausgangslage Ausgabenüberschuss

Fr. 12'217'800.--

029 Übriger allgemeiner Aufwand

506.008 Projekt GIS (Geografisches Informationssystem)

Anteil Stadt - Fr. 100'000.--

Dieser Betrag wurde gestrichen. Da es sich um vorsorglich budgetierte Betriebskosten handelt, gehören diese in die Laufende Rechnung, siehe Position 0290.318.222.

340 Badeanstalten

503.365 Rhybadi, Einbau Inforaum - Fr. 200'000.--

Ein ständiger Inforaum, zum Beispiel für IGA 2017, Attraktivierung Rheinufer, war vorgesehen. Die GPK hat mit 5 : 1 Stimmen, bei einer Enthaltung, diesen Betrag gestrichen, da ein Informationsraum an diesem dezentralen Standort nicht geeignet ist.

620 Strassenverkehrsanlagen inkl. Signalisation und Strassenbeleuchtung

501.648 Agglomerationsverkehr, Projektierungskredit für Strassenprojekte gemäss Eingabeplan an Bund - Fr. 80'000.--

Gemäss Information von SR Peter Käppler kann diese Position um diesen Betrag gekürzt werden, Gewisse Projektierungsarbeiten werden selbst ausgeführt.

920 Liegenschaften des Finanzvermögens

703.114 (neu) Stettermerstrasse 28, Fassadensanierung Fr. 105'000.--

Die Fassadensanierung an diesem Mietobjekt wird vorgezogen, da die Mieterin DMS im Innenteil umbauen will.

Nach diesen Änderungen beträgt der Ausgabenüberschuss der Investitionsrechnung Fr. 11'942'800.--

Spezialfinanzierungen (Seite 3) Ausgangslage Aufwandüberschuss Fr. 1'586'100.--

11 Strassenbaufonds
462.025 Zuweisung aus Laufender Rechnung Fr. 43'000.--
 Reduktion des Betrages wie bereits unter Kto. 9320.380.025 erwähnt.

Nach dieser Änderung beträgt der Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen Fr. 1'629'100.--

Betriebe (Seite 3) Ausgangslage Ertragsüberschuss Fr. 1'890'030.--

Globalbudget Städtische Werke, Schaffhausen Fr. 1'200'000.--

Das neue Globalbudget haben Sie als Beilage 2 erhalten. Ich bitte Sie, dieses komplett auszutauschen. Die Änderung entspricht der Übernahme der Kosten für die öffentliche Beleuchtung. Entsprechend reduziert sich die Ablieferung an die Stadtkasse.

Nach dieser Änderung beträgt der Ertragsüberschuss der Städtische Werke, Schaffhausen Fr. 690'030.--

Das Ergebnis dürfte sich noch um ca. Fr. 75'000.-- verbessern, da im neuen Globalbudget die Besoldungsreduktion um 0,7% und die entsprechende Anpassung der Sozialleistungen noch nicht enthalten sind.

Verkehrsbetriebe Schaffhausen (Seite 4)

Hier zeigen sich die Auswirkungen betreffend meinen gemachten Angaben unter Position 6510 Nah- und Regionalverkehr, Konto 363.001 Verkehrsbetriebe, Defizitdeckung.

Und nun noch zum Ergänzungsantrag zu den Anträgen, die Sie in der Botschaft des Stadtrates auf Seite 13 finden:

Die GPK beantragt die folgende Ergänzung anzubringen:

Bei Position 942.703.121 Kammgarn, Ausbau Infrastruktur Fr. 370'000.--
Ergänzung: Anteil neue Ausgaben an Gesamtkosten von Fr. 940'000.--, die restlichen Fr. 570'000.-- sind gebundene Ausgaben

Unter der Position 942 Liegenschaften des Finanzvermögens, Seite 114/Investitionsrechnung, sind die folgenden Positionen aufgeführt:

- 703.121 Kammgarn, Ausbau Infrastruktur 370'000.--
- 703.124 Kammgarn, Erneuerung der Toilettenanlagen 570'000.--

was die erwähnten Gesamtkosten von Fr. 940'000.-- ergibt.

Fr. 570'000.-- beinhalten einen Teil des Gesamtprojektes von Fr. 940'000.-- (Erneuerung WC Anlagen, Behinderten-WC, feuerpolizeilich nötige Anpassungen der Fluchtwege) und sind deshalb gebundene Ausgaben. Aus Transparenzgründen und zwecks Hinweis, dass die gebundenen Ausgaben und die neue Investition (Bürobereich und Foyer) *ein* Projekt sind, beantragen wir diese Ergänzung.

Ich empfehle Ihnen, auf das vorliegende Budget 2008, verbunden mit den Anträgen gemäss Liste vom 14. November 2007, einzutreten und den von Stadtrat und GPK beantragten Anträgen zuzustimmen.

Zum Schluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen herzlich, sei es für die Abgabe zusätzlich verlangter Unterlagen, die Beantwortung der GPK-Fragen oder das Zusammentragen aller Zahlen. Dabei denke ich vor allem an die Finanzreferentin Veronika Heller, Thomas Jaquet, Johanna Theiler, Alfred Stamm und Werner Bianchi, die einmal mehr viele Frage- und Antwortstunden im Kreise der GPK verbringen „durften“, was selbstverständlich auf für die übrigen Mitglieder der Exekutive Gültigkeit hat. Im Dank eingeschlossen ist auch unsere Ratssekretärin, Gaby Behring, für die prompte und ausführliche Erstellung der diversen Protokolle. Meinen Kolleginnen und Kollegen von der GPK danke ich für ihre Unterstützung, den grossen Einsatz und die engagierten, aber auf sachlicher Ebene stattgefundenen Diskussionen.

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung:

Sie können es sich vorstellen, vom Sitz gerissen hat uns das Budget 08 wirklich nicht; einmal mehr kommen rote Zahlen daher. Es wird wiederum geplant, mehr auszugeben wie einzunehmen. Bei jeder Gelegenheit äussert sich die Finanzreferentin, dass mit dem Saldo des Kapitalkontos keine grossen Würfe machbar seien. Wo ist da die Logik?

Wir sind uns aber bewusst, dass diverse Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem NFA zu berücksichtigen sind, und deshalb kann man von einem Übergangsbudget sprechen.

Die Fraktion SVP/JSVP/EDU wird auf das Budget und die Änderungsanträge eintreten und ihnen auch zustimmen. In der Detailberatung werden noch Fragen gestellt. Zusätzlich werden wir uns vorbehalten, je nach Verlauf der Budgetdebatte weitere Anträge oder Antragsänderungen zu stellen.

Vorausschauend erwarten wir gewisse Verbesserungen vom Projekt "OPTI". Wir gehen klar davon aus, dass alle Bereiche und Abteilungen mit einbezogen wurden, das heisst, es gibt keine Tabus. Wir erwarten im 2. Quartal 2008 auch eine offene Information über die positiven und negativen Massnahmen der "OPTI"-Ergebnisse, verbunden mit den zu erwartenden Resultaten.

Ebenfalls ist endlich Bericht und Antrag betreffend der überwiesenen Motion von Erwin Sutter "Finanzielle Hochrechnungen" vorzulegen. Es ist schon erstaunlich, wie lange es dauert, bis ein solch relativ einfaches Instrument realisiert ist. Da stellen sich die Fragen "Kann Frau nicht" oder "Will Frau solange wie möglich nicht"? Tendenz: "Frau will eher nicht". Dabei wäre eine Prognose der noch laufenden Jahresrechnung ein wichtiges Hilfsmittel bei der Budgetierung, oder fällt etwa die Rechnung 2007 trotz der zweiprozentigen Steuerfussenkung wieder so gut aus, dass man keine Info geben wollte, damit nicht noch ganz spezielle Anträge gestellt

werden? “

Mariann Keller (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Der GPK-Präsident hat die Einzelheiten zum Budget ausführlich geschildert. An dieser Stelle möchte ich ihm für die kompetenten und umsichtigen Sitzungsleitungen danken. Dem SR und der Verwaltung sind der ausführliche Antwortkatalog und die Arbeit, die sie das ganze Jahr über zugunsten der Stadt geleistet haben, zu verdanken.

Die Finanzreferentin legte der GPK das nötige Zahlenmaterial vor und empfiehlt klar eine vorsichtige Steuerfussenkung, vor allem im Hinblick auf die Steuergesetzrevision der natürlichen Personen im Jahr 2008. Trotzdem veränderten die bürgerlichen Mitglieder der GPK die budgetierten Soll-Steuereinnahmen von juristischen Personen um eine Million, mit dem Ziel, den Budgetabschluss zu verbessern und damit die Steuerfussenkung zu legitimieren. Ihr Rechtfertigungsargument ist Folgendes: Aufgrund der bisherigen und auch zukünftigen Wirtschaftslage, zunehmender Gewinne juristischer Personen, die zusätzlich nachträgliche Steuereingänge bringen würden, sei der budgetierte Betrag zu tief. Selbst wenn die Steuereinnahmen höher als die vorliegenden Berechnungen ausfallen sollten, lässt diese Vorgehensweise auf eine unsorgfältige Prognose schliessen.

Anstelle der Schaffung eines möglichen finanziellen Spielraums für die Stadt, um ihre anstehenden Aufgaben in einem angepassten finanziellen Rahmen erfüllen zu können, werden hier willkürlich die Steuereinnahmen aufgebessert. Ich möchte an dieser Stelle auf zukünftige Investitionen wie die Neugestaltung Freier Platz, Neugestaltung Rheinuferstrasse und auf Umbau- und Sanierungsprojekte im Bereich Altersheime und Schulen hinweisen. Selbst im Kantonsrat wurde in der diesjährigen Budgetberatung vom bürgerlichen Heinz Albicker betont, dass die nächste Rezession mit Sicherheit kommen werde und in einer schlechteren Wirtschaftslage die Steuereinnahmen zurückgehen, weil juristische Personen schnell weniger Steuern zahlen werden. Im Steuerbereich sind Behutsamkeit und Zurückhaltung also besonders wichtig.

Steuerfussenkungen verknappen das Geld, was mittelfristig wieder zu Sparpaketen und Lohndruck für das Personal führt. Mit dem Blick auf die kommenden Ausgaben im Bereich der geplanten Investitionen und einem möglichen Schuldenabbau ist es falsch, auf die Steuergesetzrevision auch noch den Steuerfuss zu senken.

Es ist in Anbetracht des schwachen städtischen Finanzkapitals nicht verständlich, dass Gelder mit einer weiteren Senkung des Steuerfuss verschenkt werden. In Anbetracht der aufgeführten Argumente wäre der vom Stadtrat beantragte Steuerfuss abzulehnen. Die SP/AL-Fraktion wird sich deshalb klar gegen eine Steuerfussenkung aussprechen und beantragen, den Gemeindesteuerfuss auf 99% festzusetzen und auf das vom Stadtrat vorgeschlagene Prozent zu verzichten.

Niemand bezahlt gerne Steuern, und Steuerfussenkungen sind entsprechend populär. Trotzdem sind wir verpflichtet, einer nachhaltigen Finanzpolitik des Gemeinwesens nachzukommen. Dazu gehört für uns auch ein finanzieller Spielraum, um die vielfältigen Aufgaben zugunsten der Bevölkerung bewältigen zu können.

Ich möchte nun zu einigen Budgetanträgen Stellung beziehen, die von Seiten der

GPK gestellt werden:

Ungern nehmen wir die Streichung des Betrages von Fr. 200'000.-- zur Kenntnis, der für eine Gestaltung einer Informationsbegegnungszone in der Rhybadi vorgesehen war. Wenn man sich über den Ort auch streiten kann, hätte dieser ständige Informationsraum einen guten Bezug zum Rhein und eine positive Stimmung gegenüber den vorgesehenen Projekten geschaffen.

Ausserdem bedauern wir die Streichung von Fr. 75'000.--, welche eine Erweiterung der Schulsozialarbeit von der Realschule auf die Primarschule zugelassen hätte. Zu Recht kann die Vorgehensweise in Bezug auf diese Erweiterung kritisiert werden, und zukünftige Ausbauschritte müssen sicherlich sorgfältiger abgeklärt und in Auftrag gegeben werden.

Trotzdem stimmte selbst der Stadtschulrat mit 6 : 1 Stimmen einer Erweiterung der Schulsozialarbeit um 80% zu, da der Bedarf dieser Erweiterung auf Anfrage der Lehrerschaft nie angezweifelt wurde. Eine entsprechende Diskussion zum Thema wird anlässlich der Behandlung der Motion "Gesamteinführung der Schulsozialarbeit" geführt werden können. Trotzdem muss es doch möglich sein, auf Veränderungen und anstehenden Bedarf situationsgerecht reagieren zu können.

Die Streichung des Betrages von Fr. 130'000.-- für das Job-Ticket setzt für uns in Anbricht der heutigen Klimadebatten ein falsches Zeichen. Ziel des Job-Ticket ist, den Mitarbeitenden einen pauschalen Beitrag ans Abonnement zu gewähren. Das Angebot des Tarifverbundes, den Arbeitgebern für die Mitarbeitenden ein Job-Ticket anzubieten, ist eine gängige Praxis. In der näheren Umgebung finden sich ähnliche Angebote wie beispielsweise beim Zürcher Verkehrsverbund, dem Ostwind oder dem Züri-Pass.

Es gibt Momente, in denen sich auch Prognosen aus der linken Ratsseite bewahrheiten. So hat sich die Einführung einer Jahresgebühr zur Benutzung der Bibliotheken für erwachsene Auswärtige nicht bewährt.

Viele der betroffenen Benutzer und Benutzerinnen haben diese Gebühr im 2006 ein erstes Mal bezahlt und offenbar nach einem Jahr darauf verzichtet, ihre etwas aufgezwungene "Mitgliedschaft" zu erneuern. Fazit ist, dass die Benutzungsgebühr die Benutzer und Benutzerinnen in erster Linie vertrieben hat und nur ein Viertel der erhofften Einnahmen einbrachte. Durch diese Erfahrung werden die Bibliotheken-Benutzungsgebühren für Auswärtige glücklicherweise auf Anfang 2008 wieder aufgehoben.

Positiv zu erwähnen ist, dass auf Antrag der GPK die Kosten für die öffentliche Beleuchtung durch die Städtischen Werke an die Stadt künftig nicht mehr in Rechnung gestellt werden. Die Tatsache, dass sich damit eine jährlich wiederkehrende Ersparnis aus der Mehrwertsteuerbelastung für die Stadt von ungefähr Fr. 91'000.-- ergibt, ist sehr erfreulich.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle ankündigen, dass die SP/AL-Fraktion auf das Budget 2008 eintreten und den Anträgen mehrheitlich zustimmen wird. Die Anträge bezüglich Erhöhung der Steuereinnahmen und Steuerfussreduktion werden wir jedoch klar ablehnen. Während der Budgetberatung werden wir zu einzelnen Positionen Fragen oder Anträge zu stellen. "

Rainer Schmidig (EVP)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

”Die Details zum Budget 2008 hat der Präsident der GPK ausführlich geschildert. An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung für die ausführlichen Antworten, die wir auf unserer Fragen erhalten haben.

Einmal mehr waren die Beratungen in der GPK sehr aufwändig und lang. Viele Detailfragen wurden an die Verwaltung gerichtet und von der Verwaltung und vom Stadtrat mit grossen Arbeitsaufwand kompetent und erschöpfend beantwortet. Trotzdem hinterliess auch dieses Jahr die ganze Arbeit bei mir ein ungutes Gefühl. Waren wir doch nur in ganz wenigen Fällen durch Anträge zum Budget echt in der Lage, richtungsweisend auf die Arbeit von Verwaltung und Stadtrat einzuwirken. So müssen wir beispielsweise ohnmächtig den stetig steigenden Ausgaben im EDV-Bereich zusehen.

Nach wie vor ist der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt ungenügend und die dringend anstehenden Investitionen, insbesondere im Bereich der Gebäudesanierungen von Turnhallen und Neuinvestitionen in Schulanlagen, sind kaum zu finanzieren. Die Schuldzinsen werden in einem ungünstigen Zinsumfeld zwar langsam, aber stetig steigen. Das kaum vorhandene Eigenkapital stimmt für die Zukunft auch nicht zuversichtlich.

Das Defizit des Voranschlages wurde von der GPK vor allem durch die Korrektur der erwarteten Steuereinnahmen um 1 Million zwar auf einen tragbaren Aufwandüberschuss von rund einer halben Million Franken gedrückt; aber die finanziellen Aussichten sind für die Stadt - wie man auch dem Finanzplan entnehmen kann - für die Jahre ab 2009 keineswegs rosig.

So gesehen kann die OeBS/EVP-Fraktion nur mit wenig Begeisterung der zusätzlichen Senkung des Steuerfusses um ein Prozent zustimmen. Die Stadt tut aber gut daran, wenn sie nach aussen signalisiert, dass sie die Finanzen im Griff hat. Nur so ist es langfristig möglich ein moderates Wachstum auch in der Stadt zu ermöglichen.

Nach wie vor ist es aber ebenso wichtig, dass die Stadt für Familien attraktiv ist und junge Familien nach Schaffhausen kommen. Dazu sind aber geeignete Arbeitsplätze und ein gutes und familienfreundliches Umfeld unabdingbar. Durch eine stetige Verbesserung der Familieneinkommen steigt auch das Steueraufkommen der natürlichen Personen zuverlässig an.

Als Arbeitgeber hat die Stadt durch den Beschluss des Grossen Stadtrates sich streng an die Regelungen des Kantons zu halten die notwendige Eigenständigkeit verloren. Die 1.2% für die individuelle Lohnerhöhung, die mittels der Beurteilung und der Lohnentwicklungsmatrix für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter berechnet wird, reichen leider nicht, um auch nur annähernd den früheren Stufenanstieg zu realisieren. Im vorliegenden Budget ist aber kaum Spielraum für mehr. Die OeBS/EVP-Fraktion wird also auch hier, mindestens mehrheitlich, den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Unsere Fraktion wird also auf das Budget eintreten und den Anträgen sicher in der Mehrheit zustimmen. In der Detailberatung werden wir uns aber erlauben, noch Fragen und allenfalls Anträge zu stellen. “

Susanne Günter (FDP)**FDP/jfsh-Fraktionserklärung**

„Die FDP-jungfreisinnige Fraktion hat sich sehr gründlich und intensiv mit diesem Budget befasst. Um es vorwegzunehmen, wir haben mehrheitlich - und die Betonung ist auf *mehrheitlich* - den Anträgen der GPK zugestimmt.

Wir unterstützen die Bemühungen des Stadtrates an der „Drittelsregelung“ weiterhin festzuhalten, wie bei den vorangegangenen Budgets, die wir in diesem Rat mit Mehrheit beschlossen haben. Bei der Beratung in der Fraktion, haben wir einige Punkte näher betrachtet, es sind dies:

- Auf der Ausgabenseite: Einsparungen in den einzelnen Departementen, wie zum Beispiel die Frage, ob eine SHPL heute noch eine Existenzberechtigung bei der Vielfalt von Angeboten in der Stadt hat.
- Beim Sachaufwand: Kosten für Aufträge, Dienstleistungen und Honorare (Kto 318). Diese Position werden wir im nächsten Jahr bei der Rechnung 07 vertiefter ansehen.
- Vor allem zu reden gab der Zusammenhang von Finanzen mit den Leistungen, sprich Wirkung (WoV-Gedanke), der nicht erfüllbar ist.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der wunde Punkt und wiederholt sich bei jeder Budgetdiskussion. Wir sind auf die Aussagen der Bereichsleiter und der Departementsvorsteher angewiesen und müssen ihnen Glauben schenken. Ohne die Übersicht auf den Zusammenhang bringt es nichts, wenn nur einzelne Positionen gestrichen oder gekürzt werden. Wie können wir Geld einsparen oder Mehrausgaben beschliessen, ohne zu wissen, wie sich das in den jeweiligen Abteilungen auswirkt, auf die Tätigkeit, die Aufgaben und die Grundanforderungen?

Selbst WoV-Gegner in unserer Fraktion sind da ratlos, weil uns Parlamentariern die Information, sprich der Zusammenhang zwischen Kosten und Leistung, aus der Praxis von der Basis her fehlt. Wir können schon nachfragen, haben das in der GPK auch getan, jedoch welche Konsequenzen und Veränderungen damit im Finanzbereich an der Basis ausgelöst, welche Leistungen damit betroffen werden, darüber können wir uns zuwenig in die Lage versetzen, da wir zu wenig Informationen haben. Geht es um eine Streichung, erhalten wir Antworten, die schwarz geschildert nicht düsterer sein könnten.

Stadtpräsident Marcel Wenger hat uns jedoch einen Lichtblick vorgestellt. Er hat uns über das Projekt „OPTI“ orientiert, das jährlich, wie er sagt, wiederkehrende Einsparungen in beträchtlicher Höhe bringen soll. Kurz und in sehr grossen Zügen wird uns ein Projekt mündlich mit dem Hinweis vorgestellt, es werde nächstes Jahr spruchreif. Um dieses Projekt nicht zu gefährden, haben wir dann nach intensiven Beratungen darauf verzichtet einzelne Punkte heraus zu pflücken. Wir hoffen sehr, dass die Vorschläge zu diesem Projekt auch so genannte „heilige Kühe“ nicht weiter grasen lassen.

Uns müssen endlich Lösungen vorgelegt werden, die aufzeigen, auf welche Art und Weise und mit welchen Konsequenzen die Verwaltungskosten gesenkt werden können. Das ist eine Führungsaufgabe des Stadtrates und nicht des Parlamentes.

Das Bild das aus der GPK kommt, widerspiegelt den Grundtenor unserer Meinungen. Mit diesem Resultat kann niemand zufrieden sein, deshalb ist anzustreben, dass wir heute Abend einen Nenner finden müssen, der für unsere Bewohner und Bewohnerinnen gewinnbringend ausfallen wird.

Unter dem Wort *gewinnbringend* verstehe ich, dass wir heute Abend Anreize schaffen müssen, um Neuzuzüger „gluschtig“ zu machen, sich hier bei uns in der Stadt Schaffhausen niederzulassen und mit Freude ihren Wohnsitz hierher zu verlegen. Die Bemühungen unseres Wohnortsmarketings, die Investitionen in Neubauten mit Wohnungen für gehobene Ansprüche, all das nützt nichts und wäre eine Fehlinvestition, wenn wir unser Image des hohen Steuerfusses nicht loswerden.

Wir sind uns bewusst, dass unter Einfluss der verschiedenen Änderungen aus Bundes- und Kantonsvorgaben und dem innerkantonalen Finanzausgleich gewisse Unsicherheiten zu berücksichtigen sind. Der Kanton hat ursprünglich die Abgeltung dieser Änderungen bei 8 Steuerprozenten angesetzt und ist schlussendlich auf 6 Steuerprocente zurückgegangen, - eben - um den Gemeinden mehr Spielraum zu gewähren.

Diesen Spielraum sollten wir nun nutzen um unserer Stadtbevölkerung, den Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, als Resultat aus guten Zeiten etwas zurück zu geben. Das ist unser Ziel und nicht feuchte Augen zu bekommen beim Anblick, was „ennet am Rhy“ gebaut wird, und wie viele Abtrünnige wieder die Finken klopfen. Wir müssen Zuwachs erhalten in der Stadt Schaffhausen, und zwar von guten Steuerzahlern.

Letzte Woche war in der Zeitung zu lesen, dass die IWC bis zu 150 neue Arbeitsplätze schaffen will. Was heisst das? Es ist an uns in der Politik - sei es im Stadtrat oder im Parlament - dafür zu sorgen, dass es Anreize für die Mitarbeitenden gibt, sich für den Wohnort Stadt Schaffhausen zu entschliessen und hier mit ihren Familien zu leben.

Für einige unter uns in der Fraktion ist ein Punkt für die Senkung des Steuerfusses, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, zu wenig. Es muss ein eindeutiges Signal ausgesendet werden, damit der Wohnort Stadt Schaffhausen, insbesondere für Neuzuzüger, überzeugt und zur Attraktivität beiträgt.

Ich erinnere Sie an die Volksinitiative „Flexibilisierung des Steuerfusses“ der FDP, die vom Volk mit grosser Mehrheit angenommen wurde. Dieses Instrument ermöglicht es uns nämlich, auch ohne Volksabstimmung den Steuerfuss wieder anzuheben, sollte dies denn dringlich sein.

Wie gesagt, die FDP/fjsh-Fraktion wird auf das Budget eintreten und den Anträgen aus der GPK mehrheitlich zustimmen. Es werden noch Fragen gestellt, eventuell kommen auch noch Anträge dazu.

Ich möchte es nicht versäumen bei dieser Gelegenheit im Namen unserer Fraktion dem GPK-Präsidenten, Fredy Zollinger, ganz herzlich für seinen Einsatz und die grosse zeitraubende Arbeit zu danken. Mit viel Fachwissen hat er uns in der GPK begleitet und heute kompetent orientiert. Den Mitarbeitenden, die die GPK mit Informationen bedient haben, sei auch herzlich gedankt, dieses Jahr hat es aus terminlichen Gründen „öppedie ä chli prässiert“. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

„Momentan ist die Konjunkturlage noch gut, aber 2008 wird wohl mit einem leichten Rückgang des Wirtschaftswachstums gerechnet werden müssen. Trotz Krisendiskussion sind die Ökonomen für die Schweizer Wirtschaft zuversichtlich;

aber auch sie weisen darauf hin, dass sich das Wachstumstempo etwas verlangsamen wird.

Trotzdem sind wir zuversichtlich, dass die Arbeitslosenquote im Verlaufe des Jahres 2008 weiter sinken wird und zahlreiche Arbeitnehmende höhere reale Löhne und Gehälter verbuchen können.

Wir nehmen an, dass die budgetierten Steuereinnahmen 2008 - auch gemäss GPK - problemlos erreicht werden, trotz reduziertem Steuerfuss.

Zu denken geben die jährlich steigenden Kosten für die Informatik. Hier scheint man in einem Preissog zu sein, der sich nicht bremsen lässt. Wir sind gespannt, wohin uns die Informatikabhängigkeit noch hinführt.

Nach unserem Empfinden wurde im Grossen und Ganzen vernünftig budgetiert, und die CVP wird deshalb auf das Budget 2008 eintreten und den Anträgen der GPK zustimmen. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Ausgerechnet mit heutiger Post haben wir die schriftliche Abrechnung unseres bescheidenen Sitzungsgeldes von der Finanzverwaltung erhalten. Will uns damit, der Stadtrat für die heutige Budgetdebatte ruhig stellen? Spass bei Seite, die Lage ist viel zu ernst.

Der Dank und die detaillierten Zahlen sowie die Fraktionsmeinung der FDP/jfsh haben Sie bereits über sich ergehen lassen müssen. Ich bin froh, dass ich heute einmal nur als GPK-Mitglied und frei der Fraktionsmeinung zum Budget 2008 Stellung nehmen kann. Selbstverständlich spreche ich ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit meinen Dank aus.

Erlauben Sie mir jedoch, über meine Eindrücke der letzten 3 Jahre von der Verwaltung und auch über die Zukunft zu sprechen, insbesondere betrifft es den Stadtrat und seine verantwortlichen Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter.

Die Finanzverwaltung - aber nicht nur diese, sondern auch die anderen Referate haben die gleiche Verantwortung - führt das Finanz- und Rechnungswesen der Stadt Schaffhausen. Sie betreut das Budget, die Jahresrechnung und die rollende Finanzplanung aller Bereiche, das heisst die Verwaltungsrechnung. Zudem bewirtschaftet die Finanzverwaltung die Aktiven und Passiven der Bilanz. Mit langfristigen Anleihen wird die städtische Infrastruktur finanziert, mit kurzfristigen Geldaufnahmen und Geldanlagen wird die Liquidität der Stadt sichergestellt. Dies ist oder wäre eigentlich die Aufgabe der Verwaltung, gemeinsam mit den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission. Doch in den letzten Jahren und vor allem bei der Bearbeitung des Budget 2008 komme ich mir je länger je mehr als „Nachsorger“ statt als „Vorsorger“ vor.

Wenn Sie als Privater mit einem Dienstleister nicht zufrieden sind, so suchen Sie sich einen neuen. Das erwirkt, dass sich jeder privatwirtschaftliche Dienstleister bewusst ist, dass er Leistungen erbringen muss, die nicht nur Sie überzeugen muss. Aber bei der Stadt ist es anders. Hier heisst es Service public. Wenn etwas in Kritik gerät, dann wird es entweder weiter ausgebaut oder mit einem neuen Überbau „koordiniert“.

Wenn ich als GPK-Mitglied den zuständigen Referenten frage, ob die ausgeschriebene Stelle nötig sei und nicht intern besetzt werden könnte, so ist die erste Antwort: „Die Stelle ist bewilligt“. Wenn ich sehe, dass der Stadtschreiber einen neuen juristischen Mitarbeiter oder eine neue juristische Mitarbeiterin als StellvertreterIn sucht, und ich feststellen muss, dass, wenn diese Stelle wieder neu besetzt ist, der Stadtschreiber 3 Stellvertretungen für seine Person in seiner Abteilung hat, stellt sich mir die Frage, ob eigentlich den Verantwortlichen bewusst ist, dass sie, wenn sie die Personalkosten - die erwiesenermassen seit Jahren am steigen sind - und dieses Ausgabenwachstum nicht stoppen können, in kurzer Zeit zur Sklavin der Konjunktur werden. Das Gleiche ist auch zu sehen bei den stetig wachsenden Ausgaben „Dienstleistungen Dritter“.

Das sind nur zwei Beispiele, die aufzeigen, dass wenn der Stadtrat nicht will und wenn der Stadtrat sich nicht verstärkt Gedanken zur Ausgangssituation macht, dafür stets darauf hinweist, dass ja die GPK, beziehungsweise die Mitglieder des Grossen Stadtrates jeweils allem zustimmen.

So werden wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nie ein ausgeglichenes Budget präsentieren können. Glauben Sie mir, wenn die Politik des ungebremsten Ausgabenwachstums von den Verantwortlichen - und da zähle ich mich als GPK-Mitglied dazu - so weiter geführt wird, werden schon beim geringsten Konjunkturunbruch aufgrund des damit einhergehenden Einbruchs unter anderem auch der Steuereinnahmen unweigerlich wieder massive Defizite eingefahren. Wenn wir heute einer Reduktion eines Steuerprozentes zustimmen und den vorgeschlagenen Steuermehreinnahmen und Reduktion der verschiedenen Konti, wie Ihnen die GPK vorschlägt, so können wir dies für das Jahr 2008 verantworten.

Wir wissen es ja mittlerweile alle, und sind Sie doch ehrlich, Frau Finanzreferentin, und teilen Sie mit mir die Meinung, dass sich Ihre Budgets in den letzten Jahren fast immer als zu pessimistisch erwiesen haben und dass auch das Budget 2008 ein politisches Budget ist. Sie präsentieren seit Jahren Budgets mit Defizit, nur um damit zu verhindern, dass die bürgerlichen den Steuerfuss nicht weiter senken. Doch, und davor möchte ich Sie alle hier im Saal warnen, eine zusätzliche Reduktion von einem Punkt des Steuerfusses, also von zwei Steuerpunkten, würde ich nicht verantworten können.

Denn bedenken Sie, auch dieses Jahr haben wir es nicht fertig gebracht massiv die Ausgaben der Verwaltung zu senken. Im Gegenteil, wir gehen auch dieses Jahr davon aus, dass der Steuerzahlerinnen und die Steuerzahler vermehrt ihre Verdienste in die Stadtkasse spülen.

Wir müssen es wirklich schaffen; aber wir schaffen es nur, wenn der Stadtrat mitmacht, die Ausgaben massiv zu senken. Nur so können wir es auch in Zukunft verantworten, die Steuern weiter zu senken, um damit ein attraktiver Standort in den kommenden Jahren zu sein.

Wir brauchen einen Stadtrat, der gesamtheitlich denkt und nicht nur sein eigenes „Gärtlein“ pflegt. Und dies muss an dieser Stelle einmal gesagt werden, dazu gehören eben auch die Finanzen der Personalpolitik. Der Stadtrat muss nicht bei den Sachbearbeitern oder Facharbeitern Kosteneinsparungen suchen. Der Stadtrat muss sich Gedanken machen, ob seine Führungsstruktur immer noch optimal ist. Einsparungen können nämlich nur beim Kader bewerkstelligt werden.

Die Stadt Schaffhausen steht noch lange nicht an einem finanzpolitischen Wendepunkt. Es besteht zurzeit auch keine berechtigte Hoffnung auf eine finanzpolitische Trendwende zum Guten. Die Stadt Schaffhausen hat das finanzielle Tal der Tränen noch nicht verlassen können und kann nicht mit alt gewohnter Sorglosigkeit mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln weiter so umgehen.

Wir dürfen das Ziel des Schuldenabbaus nicht aus den Augen verlieren. Der Stadtrat muss für die Zukunft die ungebremste Irrfahrt des Ausgabenwachstums nun endlich stoppen. Er muss von utopischen Projekten Abstand nehmen, er muss den Mut haben oder wenigstens versuchen, Vorstösse vom Grossen Stadtrat, die nicht unbedingt nötig sind, zurückzuweisen. Es werden wieder härtere wirtschaftliche Jahre auf uns zu kommen.

Es darf nicht sein, dass bei wachsenden Einnahmen davon ausgegangen werden kann, dass damit auch die Ausgaben steigen müssen. Will sich die Stadt Schaffhausen als interessanter Wirtschaftsstandort behaupten, so braucht es einen Stadtrat, der diesen Härtestest besteht. Er kann es aber nur, wenn er will, und wenn er gemeinsam mit den Mitgliedern der GPK und den Mitgliedern des Grossen Stadtrates Rezepte findet, die in kurzer Zeit Früchte tragen. Viel Zeit haben wir nicht mehr dafür. “

SR Veronika Heller

Stellungnahme SR

”Zu Walter Hotz möchte ich sagen, dass der Stadtrat mit der Sitzungsgeldabrechnung überhaupt nichts zu tun hat. Zufälligerweise hat es den heutigen Tag getroffen. Bei seiner zweiten Bemerkung bezüglich *ungebremstes Ausgabenwachstum als Irrfahrt betreiben* kann ich nur schmunzeln, zumal bei meinem Amtsantritt mein Vorgänger als Eigenkapital einen Betrag von Fr. 50'000.-- in der Kasse gelassen hatte; heute sind es immerhin Fr. 7 Mio., immer noch viel zu wenig, darüber sind wir uns einig. Der Steuerfuss lag 1998 bei 112 und wahrscheinlich wird er nach der heutigen Debatte bei 98 liegen. Man kann wirklich nicht behaupten, es hätte sich nichts bewegt. Es ist mir wichtig und um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich festhalten, dass es sich hier nicht um *meine* Kasse, sondern um diejenige der *Schaffhauser Bevölkerung* handelt. Das ist überhaupt nicht das gleiche, weil ich mit meiner Kasse grösszügiger wie mit derjenigen der Stadt umgehe.

Ich bin froh, dass Sie auf das Budget 2008 eingetreten sind, was eine lebhaftere Diskussion verspricht. Von Seiten der CVP und von Rainer Schmidig sind die wachsenden Kosten der Informatik angesprochen worden. Wir sind in einer Übergangsphase vom früheren Kauf zum Leasing übergegangen. Leider hat die Informatik das Übel, dass man sich nur die Abhängigkeit auswählen, aber diese nicht abgewählt werden kann. Mit den bei der KSD geplanten Vorhaben unter Leitung der Erziehungsdepartementsleiterin wird dafür gesorgt, dass wir wenigstens den Überblick nicht verlieren. Ich weiss nicht, ob das heute in den SN zitierte Wort der Erziehungsdirektorin “Frauenpower und Köpfchen” sich darauf oder auf etwas anderes bezogen hat.

Susanne Günter hat sich zur Standortattraktivität geäussert: Das ist eine sehr komplexe Angelegenheit. Obwohl die Situation sich verbessert hat, trifft es für sehr viele Leute, die gerne unabhängig vom Steuerfuss, beziehungsweise der Steuerbelastung - die nur für Einkommen ab Fr. 300'000.-- eine grössere Rolle spielt - in Schaffhausen wohnen möchten, zu, dass sie weder die Wohnung, noch das

Haus und schon gar nicht das Land finden, das sie kaufen möchten. Das ist unser wichtigstes Handicap, obwohl sich in letzter Zeit Verbesserungen eingespielt und die Situation wesentlich entschärft haben.

Das Votum des SVP-Sprechers zur Antwort betreffend der Vorlage auf die Motion von Erwin Sutter ist wider besseres Wissen erfolgt. Ich habe die GPK über den Stand der Dinge informiert.

Ich komme jetzt zu meinem vorbereiteten Bericht, mit dem ich mir viel Mühe gegeben habe. Wie ich heute hörte, hat der Finanzdirektor gestern offensichtlich mitgeteilt, er sage nach dem Eintreten gar nichts. Eigentlich verwöhne ich Sie jetzt wirklich, indem ich Ihnen meine Gedanken mitteile.

Die Botschaft des Stadtrates zum Budget 2008 datiert vom 18. September 2007. Wegen eines internen Missverständnisses haben Sie diese leider etwas spät erhalten. Dafür entschuldige ich mich. Immerhin ist das Dokument noch so rechtzeitig bei Ihnen eingetroffen, dass es Ihnen für die Beratungen in den Fraktionen zur Verfügung stand – und mittlerweile kennen Sie es sicher fast auswendig.

Seit Mitte September hat sich wieder sehr viel in einem rekordverdächtigen Ausmass verändert, sodass die Zusatzinformationen der GPK fast einen Bundesordner füllen.

Die heutige Ausgangslage für die Beratungen des Budget 2008 liegt als Vorlage vom 14. November 2007 auf und der Präsident der GPK hat sie Ihnen soeben dargelegt. Ich erspare Ihnen Wiederholungen und konzentriere mich auf einige wenige Bemerkungen:

Wir haben – einmal mehr – ein sehr aussergewöhnliches Budget. Im nächsten Jahr sollen einerseits erstmals die Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, kurz NFA, zum Tragen kommen, andererseits ist, als Folge davon, auch der innerkantonale Finanzausgleich neu geregelt und tritt ebenfalls am Anfang des nächsten Jahres in Kraft. Sie sehen in der Botschaft auf Seite 1, dass diese Neuregelungen die Stadt um rund Fr. 4 Mio. entlasten sollen. Das ist ja auch der Grund für den – ausschliesslich für das Jahr 2008 obligaten – Steuerfussabtausch zwischen dem Kanton (+ 6 Punkte) und den Gemeinden (- 6 Punkte).

Wenn jedoch der Regierungsratsbeschluss vom 20. November 2007 beigezogen wird, wonach der Finanzausgleich für die Stadt Schaffhausen verglichen mit dem Vorjahr 2006 für das laufende Jahr um Fr. 210'180.-- oder rund 28% zunimmt – auch wenn das noch nach der bisherigen Regelung geschieht – so möchte ich mit Ihnen fast darum wetten: Es wird nicht lange dauern, bis die angebliche Entlastung der Stadt wieder „aufgefressen“ ist.

Der GPK-Präsident hat ein anderes Beispiel erwähnt. Bei den Polizeikosten haben wir vereinbart, dass die Stadt wegen der Zentrumslasten mit Fr. 1,5 Mio. entlastet wird. Kaum ist diese Zahl publik, siehe da, merkt der Regierungsrat, dass die Teuerung wieder angesagt ist. Es ist in der Vorlage an den Kantonsrat erneut darauf hingewiesen worden, dass die Zentrumslasten der Stadt mit einem Viertel abgegolten wurden. Dieser Satz steht aber am Schluss der gesamten Rechnung, die Abgeltung erfolgt jedoch „mitten drin“ (rund Fr. 40'000.--, wie ich vor 2 Jahren ausgerechnet habe); es ist nicht ein Drittel des Schlussresultates (Fr. 900'000.--), was auf dem Land - offenbar ist dies so beabsichtigt - zur Meinung führt, es gehe

dieser Stadt doch sowieso ziemlich gut.

Zur Laufenden Rechnung muss ich nicht mehr viel bemerken, der GPK-Präsident hat die Lohnkostenentwicklung dargelegt. Die Personalkommission hat mich gebeten, auch Ihnen (dem Parlament) gegenüber zum Ausdruck zu bringen, dass das Personal – trotz geringerer Teuerung per Ende September 2007 wie ursprünglich budgetiert – eine Lohnsummenentwicklung von 2,9% erwartet hätte. Das hätte, verglichen mit den in den drei ersten Positionen des GPK-Antrages vorgenommenen Korrekturen, zusätzliche Ausgaben von rund Fr. 720'000.-- zur Folge.

Die Investitionsrechnung hat im Laufe der Budgetberatungen in der GPK noch einige Änderungen erfahren. Diese sind auf Seite 3 der GPK-Anträge ersichtlich. Die GPK hat sich mit der Verschiebung von Beträgen ab Fr. 50'000.-- in die Investitionsrechnung einverstanden erklärt, hat aber im Gegenzug eigentliche Betriebskosten (wieder) der Laufenden Rechnung belastet. Das ist so auch richtig.

Im Zusammenhang mit dem Künzle-Heim wissen wir noch nicht genau, wie viel von den bewilligten finanziellen Mitteln schon im Jahr 2008 benötigt werden. Geht man von Fr. 2 Mio. aus, würde der Selbstfinanzierungsgrad bei rund 62% liegen, beziehungsweise nahe an dem vom Stadtrat in der Botschaft genannten.

In diesem Zusammenhang - und auch zur Beruhigung von Walter Hotz - kann ich Ihnen mitteilen, dass der Controller den Auftrag erhalten hat, die geplanten grösseren Projekte, die sich bis ins Jahr 2020 erstrecken, zusammenzustellen, um eine Priorisierung durch den Stadtrat zu ermöglichen. Das soll bis Ende Jahr, beziehungsweise anfangs des nächsten Jahres erfolgen. Das Investitionsvolumen ist beträchtlich, doch sind auch die Chancen nicht zu unterschätzen. Zum Teil handelt es sich vorwiegend um Vorfinanzierungen, die – ganz neudeutsch – innerhalb von zwei bis drei Jahren einen „return on investment“ erlauben sollen.

Damit bin ich bei den verfügbaren Mitteln. Diese werden ganz wesentlich vom Steuerfuss, beziehungsweise der Höhe der Steuerbelastung für die Steuerpflichtigen einerseits, beziehungsweise der Höhe der Steuereinnahmen der öffentlichen Hand andererseits bestimmt.

In der Botschaft Seite 4 hat der Stadtrat auf die Unternehmenssteuerreform hingewiesen und auf die weitere, vom Regierungsrat auf das Jahr 2009 geplante Steuergesetzrevision für natürliche Personen. Nach den Informationen aus dem Regierungsgebäude dürften für die Gemeinden damit die Steuereinnahmen – schon im übernächsten Jahr – um rund 5 bis 6 Punkte geringer ausfallen.

Sie wollen ja seit einiger Zeit mehrheitlich „möglichst alles gleich wie der Kanton“. Deshalb erlaube ich mir, Sie daran zu erinnern, dass der kantonale Finanzdirektor davor warnt, jetzt allzu „euphorisch“ die Steuern zu senken (gemäss SN vom 21.11.2007).

Schliesslich komme ich noch auf ein Lieblingsthema dieses Rates, das aber in letzter Zeit etwas in Vergessenheit geraten ist, nämlich die Schuldenlast. Diese konnte drei Jahre in Folge abgebaut werden. Rund Fr. 1'570.-- pro Kopf (R06) erscheinen im Vergleich zu anderen Städten nicht allzu bedenklich. Dennoch darf einfach nicht vergessen werden, dass unser Eigenkapital noch lange nicht so komfortabel ist, dass die Stadt mehr als ein schlechtes Jahr ohne Schaden überstehen könnte.

Der Finanzvorsteher der Stadt Zürich, Martin Vollenwyder (FDP), hatte und hat guten Grund darauf zu bestehen, dass mindestens 10% des Aufwandes als Eigenkapital vorhanden sein müssen, um auch eine längere Durststrecke ohne Schaden für die Stadt zu verkraften. In Zürich geht es bei einem Aufwand von rund Fr. 7,9 Mrd. um Fr. 800 Mio., die mit dem Budget 2008 erreicht werden sollen.

Da sehen die Fr. 7 Mio. der Stadt Schaffhausen - und es geht hier nicht um grosse Würfe, wie von Alfred Zollinger erwähnt - verglichen mit dem Aufwand von rund Fr. 200 Mio. – oder gerade einmal dreieinhalb anstatt zehn Prozent – doch sehr bescheiden aus. Das sollte aber auch unser Ziel sein.

Wie sich die internationalen Finanzmärkte in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln werden, weiss ich genau so wenig wie Sie. Was ich aber im Moment mit Genuss lese, das ist die Biographie von Alan Greenspan. Der weltberühmte Chef der amerikanischen Notenbank mit 20 Jahren Erfahrung in diesem Amt und gut 40 Jahren Erfahrung in der Weltwirtschaft, hat – als Republikaner – mit Erstaunen festgestellt, dass die Demokraten jeweils mit viel Anstrengung den Haushalt in Ordnung brachten, die Republikaner sich um Haushaltsdefizite jedoch kaum kümmerten. Der amtierende Präsident hat kein halbes Jahr gebraucht, nämlich von der Amtseinssetzung im Januar bis zum 22. Juni, um aus den Überschüssen der Aera Clinton wieder ein saftiges Defizit zu machen. Da nützte dann auch die sprichwörtliche Vorsicht von Alan Greenspan nicht mehr viel.

Ich kann einen Satz zitieren, den ich köstlich finde: *Bei den Haushaltüberschüssen 1989, 1999 und 2000 grabste die Kongress wieder und wieder an dem Geld.* Er war gegen Steuersenkungen bei Überschüssen, weil die wirtschaftliche Entwicklung genau so schnell wieder in die andere Richtung wechseln kann. Sie haben diese Vorsicht schon vor einem Jahr vermissen lassen und zwei Steuerpunkte mehr abgeräumt, als Ihnen der SR beantragt hatte.

Nichtsdestotrotz rufe ich Sie auf, vorsichtig zu sein – mit dem Budget 08 und dem Steuerfuss. Wenn in 18 Monaten die Rechnung 2008 in diesem Saal zur Debatte steht, werde ich nicht mehr im Amt sein. Ich werde mir aber unter Umständen die Freiheit herausnehmen, an meine heutigen Worte zu erinnern – in Form des „offenen Briefes einer Leserin“ oder als „Donnerstagsnotiz“. Wir sollten die Drittelsregelung nicht vergessen. Wenn der SR keine Mittel zur Verfügung hat, kann er diese auch nicht mehr umsetzen.

Ich komme zum Schluss und zum Dank:

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt sowie meinen Stadtratskollegen – insbesondere denen, die angeblich ein „halbes Amt“ innehaben – danke ich für ihren Einsatz im Verlaufe des vergangenen Jahres. In Anbetracht der Vielfalt der Aufgaben, die von der Stadtverwaltung, den Werken und Betrieben wahrzunehmen sind, ist fast alles rund gelaufen. Das ist erfreulich. Sollte es einmal nicht so gewesen sein, so versprechen wir sofort Besserung – Wunder dauern allerdings etwas länger.

Der GPK und ihrem Präsidenten danke ich für die meist sachlichen Budgetberatungen und Gaby Behring, der Ratssekretärin, für die in kürzester Zeit vorliegenden Protokolle sowie dafür, dass wir in den ellenlangen Sitzungen nicht auf allerlei leckere Zwischenverpflegungen verzichten mussten.

Im Auftrag des Stadtrates beantrage ich Ihnen, auf das Budget 2008 einzutreten und den Anträgen des Stadtrates, beziehungsweise der GPK zuzustimmen. Allfällige

Fragen werden meine Kollegen und ich gerne beantworten, wenn möglich heute.

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

"Ich nutze die Gunst der vorgerückten Stunde, um dem Baureferenten mein Lieblingsthema vorzutragen. Die Finanzreferentin hat mir gleichsam den Ball zugespielt: Tatsächlich ist es so, dass Bauland für gehobene Wohnansprüche in der Stadt Schaffhausen fehlt. Es ist ein gewichtiger Standortvorteil, über genügend attraktives Bauland zu verfügen.

Sie erinnern sich, wir haben seinerzeit einmütig die Bauordnung und den Zonenplan verabschiedet und ebenso einmütig den Stadtrat beauftragt, dem Grossen Stadtrat innert Jahresfrist eine Vorlage mit Vorschlägen für eine Einzonung von 1,2ha Bauland zu unterbreiten. Diese Jahresfrist jährt sich zum zweiten Mal unerfüllt. Wahrscheinlich wird die Finanzreferentin jetzt im SR meinen Vorschlag, dieses Geschäft vordringlich an die Hand zu nehmen, unterstützen. Erfahrungsgemäss wird vor allem dann Bauland gesucht, wenn die Wirtschaftslage gut ist, und zurzeit befinden wir uns in einer solchen Lage. Ich erwarte, dass in den nächsten Monaten eine entsprechende Vorlage an den GrSR überwiesen wird. "

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

"In der Zwischenzeit wurden Sie über die verschiedenen, zurzeit laufenden Projekte informiert. Wir arbeiten mit Hochdruck am Thema Wohnraumentwicklung in dieser Stadt. Eines der Projekte liegt auf Ihrem Pult, nämlich die *Projektentwicklung Areal Bleiche*, wo viele Wohnungen entstehen werden. Ausserdem existieren weitere Projekte wie zum Beispiel das Projekt *PASS*, mit dem Ziel, in Zentrumsnähe Wohnraum zu entwickeln sowie das Projekt *Werk 3/Mühlental*, wo bereits eine Umzonung vom GrSR genehmigt wurde und auch Wohnungen gebaut werden.

Aber wo Grundstücke fehlen, können wir auch nicht umzonen. Was mir heute am meisten Bauchweh macht, sind die nachbarschaftlichen Einsprachen, die überall dort stattfinden, wo gute Wohnprojekte in bereits eingezonten Gebieten entstehen und den Grund für aufwändige Verzögerungen liefern. Wir führen ebenfalls Gespräche mit Grundstücksbesitzern, um diese zu motivieren, ihre eingezonten Flächen zum Verkauf anzubieten. Wie gesagt, wir arbeiten mit Hochdruck an diesem Thema und haben bereits einige Erfolge zu verzeichnen. "

Marcel Wenger (Stadtpräsident)**Stellungnahme**

"Ich möchte eine Frage beantworten, die von Walter Hotz in den Raum gestellt wurde. Er hat festgestellt, dass der Stadtschreiber zurzeit 3 Stellvertreterinnen habe. Dem ist so, und zwar mit folgender Erklärung: Die 100%ige Stellvertreterin hat nach ihrer Schwangerschaft die Arbeitszeit auf 50% reduziert, und die Frage stand im Raum, ob sie aus diesem Grund zurückgestuft werden soll, was wir natürlich nicht wollten. Wir haben ihr die 50%-Stelle mit der Stellvertretungsfunktion und einer zweiten Person die noch fehlenden 50% gegeben. Das Glück - oder Unglück, je nach Standpunkt - ist zum zweiten Mal tätig geworden, es kündigte sich wiederum eine Schwangerschaft an. Um der mutmasslich zukünftigen Mehrbelastung Rechnung zu tragen und um die gesetzlichen Vorschriften des Gemeindegesetzes erfüllen zu können, wonach ein Stadtschreiber entweder Stadtschreiber selbst oder Stellvertreter sein muss, um unterschriftsberechtigt zu sein, haben wir die Stellvertretung einer dritten Person übertragen, die sich allerdings im kanonischen

Alter befindet. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde. **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

An dieser Stelle wird die Ratssitzung für eine einstündige Pause unterbrochen.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **Eintreten** ist somit beschlossen.

Nach der einstündigen Pause erfolgt anschliessend die Detailberatung.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, III. Laufende Rechnung, Seite 13 bis 96.

Wortmeldungen zur Laufenden Rechnung:

Wortmeldungen zur Laufenden Rechnung:

0280 Allgemeiner Personalaufwand

Peter Möller (SP):

”Am 01.11.05 hat dieser Rat die Ergänzungsverordnung zum kantonalen Personalgesetz erlassen und marschiert seither mehrheitlich im weitgehenden Gleichschritt mit der Regelung des Kantonsrates. Eine der übernommenen Regeln betraf die Frage der Übergangsregelung für diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Lohn bei der Einteilung in die neuen Lohnbänder über dem Maximum des entsprechenden Lohnbandes liegt. In der kantonalen Regelung ist vorgesehen, dass diese Löhne eingefroren und wenn nötig nach drei Jahren auf das Maximum des entsprechenden Lohnbandes zurückgesetzt werden.

Hier wollte der Grosse Stadtrat nicht endgültig diese Lösung des Kantonsrates übernehmen und beschloss eine Ziffer 5, welche lautet:

Der Stadtrat wird beauftragt, bei Vorliegen der nötigen Kennzahlen über eine allfällige Änderung von Art. 47 Abs. 7 des kantonalen Personalgesetzes vom 3. Mai 2004, Bestimmung betreffend Besitzstand für Ausreisserinnen und Ausreisser, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen.

Das Personalgesetz ist nun bald zwei Jahre in Kraft und die Besitzstandgarantie für die sogenannten Ausreisserinnen und Ausreisser läuft Ende des nächsten Jahres ab. Es wäre für dieses Parlament und insbesondere auch für die Direktbetroffenen wichtig, rechtzeitig zu erfahren, bei wie vielen Personen die Besoldung über dem Maximum ihres neuen Lohnbandes liegt und welche Regelung für sie getroffen werden soll. Ich möchte daher den Stadtrat fragen, bis wann etwa mit dem vom Grossen Stadtrat geforderten Bericht und allenfalls Antrag gerechnet werden kann.

Es scheint mir zentral, dass dies noch früh genug vor Ende 2008 der Fall ist, damit allfällige Betroffene sich je nach Bedarf rechtzeitig beruflich neu orientieren können. “

SR Veronika Heller:

"Es ist tatsächlich so, wie Peter Möller geschildert hat. Ich habe der GPK die nötigen Unterlagen auch vorgelegt. Wir sind im Stadium, dass alle Ombudsverfahren abgeschlossen sind und haben insgesamt 6 Einsprachen vom Stadtrat zu behandeln, die allerdings noch nicht soweit aufbereitet sind, sodass wir noch über keine Akten verfügen. Wir rechnen damit, im Frühjahr des nächsten Jahres - wenn die Verfahren im Stadtrat abgeschlossen sind - Bericht und Antrag zu stellen. "

Alfons Cadario (EVP):

1500 Militär

"Der Stadtrat hat meines Wissens den Vertrag mit dem VBS betreffend Unterbringung der Truppe gekündigt. Es werden keine Truppen mehr in Schaffhausen stationiert; es gibt nur noch zwei Gemeinden im Kanton, welche Truppen unterbringen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf meine Interpellation und die Motion von Roland Schöttle hinweisen. Ich beantrage Ihnen deshalb, die gesamte Position 1500 zu streichen und nach Erfüllung der Motion Schöttle einen erneuten Antrag zu stellen. "

SR Peter Käppler:

"Die Ausgaben für das Militär, welche die Gemeinden zu tragen haben, sind bei uns budgetiert. Obwohl ich für den gestellten Antrag durchaus eine gewisse Sympathie hege, muss ich Ihnen den Gegenantrag stellen, die Position zu belassen. Das Gebäude, das als Mehrzweckgebäude beim Schützenhaus benutzt wird, wird für Truppenunterkünfte konzipiert, was in den letzten Jahren aber nicht mehr in Anspruch genommen wurde, weil das Militär für Wiederholungskurse oder grössere Übungen ländliche Gebiete dem städtischen Raum bevorzugt. Dadurch ist die Belegung sehr stark zurückgegangen. Wir haben deshalb den Vertrag mit dem Militär gekündigt. Es ist eine Neunutzung des Gebäudes geplant - siehe Investitionsrechnung - nämlich als Garderobe für die Spielvereinigung und als Mittagstisch für die Breite. Wir müssen allerdings nach wie vor damit rechnen, dass gewisse Truppenunterkünfte in Schaffhausen benötigt werden könnten, die wir beispielsweise im GEGA unterbringen oder dass für Kadertagungen von Offizieren Unterkunfts-kosten anfallen, die wir über die Position 1500 abwickeln. Die Beträge werden in Zukunft viel tiefer ausfallen, da gebe ich Alfons Cadario Recht. "

Alfons Cadario (EVP):

"Die Unterkünfte entsprechen nicht den Anforderungen des VBS, es werden keine Truppen mehr nach Schaffhausen kommen und daher braucht man auch keine Unterkünfte mehr. Mit Bericht und Antrag zur Motion Schöttle kann eine Lösung getroffen werden. Ich halte an meinem Antrag fest. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag auf Streichung der gesamten Position 1500, Nettoaufwand von Fr. 27'500.--, mit 31 : 4 Stimmen gut.

Kurt Zubler (SP):

2100 Primarschulen

390.012 Verrechnung Schulsozialarbeit (Konto 5481.490.012)

"Vom GPK-Präsidenten haben Sie gehört, dass eine knappe Mehrheit GPK eine Teileinführung der Schulsozialarbeit auf Primarstufe gestrichen hat. Ich bin der Meinung, dass dies ein falscher Entscheid war, weil wir von den Schulen hören, dass das Bedürfnis nach Schulsozialarbeit gross und ausgewiesen ist. Alfred Zollinger hat

ebenfalls gesagt, dass kein Bericht der Schulsozialarbeit, die zurzeit auf Realschulstufe tätig ist, vorliege. Das stimmt nicht, wir haben sehr wohl einen kleinen Bericht in Form einer Zusammenfassung erhalten, und ich habe mir noch den ausführlichen Bericht organisiert. Tatsache ist, dass wir damals die Schulsozialarbeit auf Realschulstufe in diesem Rat einstimmig beschlossen haben, weil wir der Meinung waren, dass dieses Bedürfnis bestehe und wichtiger Bestandteil der Schularbeit sowie ein begleitendes Instrument für die Schulen in unserer Stadt sei. Die Schulen haben festgestellt, dass für Lehrpersonen das Unterrichten immer schwieriger wird, weil sich die Gesellschaft und die Rahmenbedingungen verändern. Es kommen einerseits beim Kerngeschäft vielfältige Aufgaben dazu und gleichzeitig sind die familiären Strukturen Veränderungen unterworfen. Die Welt ist bedauerlicherweise nicht mehr so einfach, wie sie vielleicht früher einmal war. Die heutige Gesellschaft bietet sehr viele Chancen und Perspektiven, die Palette ist sehr umfangreich, aber auch die damit verbundenen Risiken sind gestiegen, was sich auch auf die Familien auswirkt. Dies wissen wir aus vielen verschiedenen Zusammenhängen. Die auch in diesem Rat oft geforderte Wahrnehmung der Verantwortung durch Familien und Eltern funktioniert nicht immer wie gewünscht. Ich möchte Ihnen zwei kurze Abschnitte aus dem Bericht der Schulsozialarbeit, vorlesen:

Am meisten Beratungen fanden zum Bereich Sozialverhalten statt: Dazu zählen Mobbing, Gewalt, Sachbeschädigung und Littering, Beziehungskonflikte, Delinquenz (Jugendanwaltschaft) und sexuelle Übergriffe. Dies sind alles Themenpunkte, die wir auch in anderen Zusammenhängen als sehr schwierig empfinden und als die Gesellschaft belastend. In den von uns betreuten Schulhäusern ist die verdeckte Gewalt (zum Beispiel Mobbing) um ein Vielfaches häufiger anzutreffen als offene Gewalt. Die Mobbingfälle in akzeptierbare Formen zu lenken, ist in der Regel für die Schulsozialarbeit sehr zeitintensiv. Nach den Vorfällen von Zürich-Seebach tauchten auch in der Stadt Schaffhausen kurzfristig vermehrt Fälle mit sexuellen Übergriffen auf. Zum einen kamen dadurch Missbräuche überhaupt ans Tageslicht, zum anderen stellte sich heraus, dass es sich in zwei Fällen um Trittbrettfahrerinnen, das heisst erfundene Geschichten handelte. In diesen speziellen Fällen haben wir eng mit der Polizei und der Jugendanwaltschaft zusammen gearbeitet.

Sie sehen, mit diesen Vorfällen sind die Lehrpersonen offensichtlich überfordert, es ist nicht ihr Metier und die Situationen laufen aus dem Ruder.

Zum Bereich Familie zählen wir alle Arten von intrafamiliären Konflikten, respektive Belastungen. Wie bereits erwähnt, hat eine belastende Familiensituation meistens Auswirkungen auf andere Lebensbereiche. In Beratungssituationen stellen wir immer wieder fest, dass es die Jugendlichen grosse Überwindung kostet, über diesen privaten Bereich zu sprechen. Die Jugendlichen werden in den Familien häufig vernachlässigt oder erfahren nicht adäquate Strafen, verbale und körperliche Gewalt.

Die Lehrpersonen sind auch in diesem Bereich in ihrem beruflichen Alltag überfordert. Ich habe mich umgehört und Gespräche geführt. In den Schulhäusern, wo auf Realstufe Schulsozialarbeit bereits eingeführt ist, besteht das Bedürfnis seitens der Lehrkräfte auch auf Primarstufe. Dies geht aus den Jahresberichten der Lehrpersonen eindeutig hervor. Insbesondere Kleinklassen-Lehrpersonen wären dankbar, wenn sie ihren nicht ganz einfachen Schülerinnen und Schülern kompetente Fachpersonen zur Seite stellen könnten; Personen, die ihnen Sozialarbeit abnehmen, für welche Lehrpersonen auch keine Ausbildung haben.

Die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer ist heute vielschichtig und anspruchsvoll, das

wissen wir alle. Ein intaktes Elternhaus ist nicht selbstverständlich; es war nie selbstverständlich. Aber heute kommen zahlreiche Überforderungen dazu, die nicht mehr einfach zu bewältigen sind und deren Auswirkungen wir auch im öffentlichen Raum spüren bekommen. Dies beginnt teilweise bereits auf Kindergartenstufe. Die Lehrpersonen auf der Realstufe, die die Schulsozialarbeit bereits kennen, möchten diese nicht mehr missen, und schätzen es sehr, dass ihnen eine grosse Last abgenommen wird. Dies ermöglicht ihnen, sich besser auf ihre eigentliche Kernarbeit - das Unterrichten - zu konzentrieren.

Bei der einstimmigen Einführung der Schulsozialarbeit haben wir hier in diesem Rat gehört, dass die Schulsozialarbeit ein sehr niederschwelliges Angebot ist, das heisst, sie ist vor Ort im betroffenen Schulhaus für Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern schnell verfügbar. Sie ist auch professionell genug, um sich nicht um jedes "Wehwehchen und Boboli" zu kümmern, sondern sich mit den Fällen zu befassen, wo es wirklich von Bedeutung ist. Wir haben damals auch gehört, dass je früher mit der Schulsozialarbeit Probleme bereits auf Primarstufe erkannt und angesprochen werden können, umso weniger Folgeprobleme entstehen später.

Wir haben sehr gute Erfahrungen mit den beiden zurzeit tätigen Schulsozialarbeitenden gemacht, weil sie sich bestens vernetzt haben, eng mit den Fachstellen verbunden sind und sich entsprechende Unterstützung holen können, weil sie die Kompetenz haben, über die Lehrpersonen aus Zeitgründen und wegen mangelnder Ressourcen nicht verfügen.

Die schulische Sozialarbeit ist kein künstliches Problem, sondern ein Anliegen für die Kinder, welche nicht mehr mit genügend Zeit unterstützt werden. Ich bitte Sie im Namen der SP/AL-Fraktion, diesen Posten wieder ins Budget aufzunehmen. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

"Um es vorweg zu nehmen: Ich finde die Schulsozialarbeit hat eine wichtige Funktion. Aber die Art und Weise, wie diese jetzt auf Primarschulstufe eingeführt werden soll, passt mir nicht. Den Bericht, den Kurt Zubler erwähnt hat, haben wir in der GPK erst auf Nachfrage erhalten; es handelt sich um einen kleinen Bericht mit drei bis vier Seiten, welcher über den Status quo Auskunft gibt. Tiefergehende Details sind jedoch nicht in diesem Bericht enthalten. Daher finde ich es keine seriöse Art und Weise, wenn jetzt aufgrund dieser dürftigen Informationen die Schulsozialarbeit auf Primarstufe eingeführt werden soll. Es braucht dazu ein umfassendes Gesamtkonzept. Dies hier ist der Versuch des Stadtschulrates über die Hintertür eine Einführung zu bewirken. Wir haben vor zwei Jahren die Einführung auf Realstufe aufgrund einer seriösen Analyse beschlossen. Hinter dem hier vorliegenden Anliegen kann ich nicht stehen, weil eine umfassende Aufbauarbeit fehlt; es hiess einfach, man wolle und brauche die Schulsozialarbeit auf Primarstufe. Dies entspricht meiner Ansicht nach einer Salamtaktik und verdient unsere Unterstützung nicht. Wir sind keineswegs prinzipiell dagegen; aber was wir wollen, ist ein sauber fundiertes Konzept und eine Vision, sonst verkommt alles zu einem Flickwerk ohne Koordination. Es gibt unzählige Stellen, die sich mit den hier erwähnten Problemstellungen beschäftigen. Bei der letzten Vorlage wurde dies eindrücklich geschildert. Hier muss eine Koordination stattfinden. Es braucht eine sauber ausgearbeitete Vorlage, und ich bitte Sie, in diesem Sinne dem Antrag der GPK zuzustimmen. "

Christa Flückiger (SP):

"Wenn Sie bereits bei der geplanten Aufstockung eine Streichung gut heissen, so

frage ich Sie, ob Sie dies mit Ihrem Gewissen vereinbaren können? Ist es gerecht, dass nur ein gewisser Teil der Schülerinnen und Schüler Zugang zu diesem Instrument erfahren darf? Wollen nicht auch Sie für alle Schülerinnen und Schüler dieser Stadt die gleichen Voraussetzungen schaffen? Können Sie mit Ungleichheiten leben und sind nicht gerade auch Sie für gute Schulen, kompetente Unterstützung für unsere Lehrpersonen, für die Eltern und letztlich für die ganze Gesellschaft im Sinne eines attraktiven Wirtschaftsstandortes, dessen Vorteile die guten Schulen mit den entsprechenden Infrastruktur sind? Wenn wir den nicht zu unterschätzenden Nebeneffekt der Qualität in Betracht ziehen - denn Qualität heisst Folgekosten sparen - müssten wir hier und heute mindestens für diese Aufstockung zustimmen. Wir werden im Rahmen der eingereichten Motion noch ausführlich darüber sprechen müssen. “

Peter Möller (SP):

”Aus meiner beruflichen Erfahrung und Sichtweise kann ich Ihnen mitteilen, dass sich die Einführung der Schulsozialarbeit auf Realschulstufe auf jeden Fall bewährt hat und die Zusammenarbeit sehr gut läuft. Dies wurde auch von niemandem in Frage gestellt. Aber ebenfalls aus meinen täglichen Fällen, die ich zu behandeln habe, sehe ich, dass es solche Problemfälle, die in der Realschule bei den Schulsozialarbeitern auftauchen, auch in der Primarschulstufe gibt. Angesichts dieser Tatsache sehe ich keinen Sinn dahinter, jetzt ein Gesamtkonzept zu verlangen und Papiere zu erarbeiten, anstatt sich ab nächstem Jahr professionell mit Schulsozialarbeitern um diese Kinder und Jugendlichen zu kümmern. Ich hoffe, dass Sie den Antrag von Kurt Zubler unterstützen können. “

SR Urs Hunziker:

”Es scheint sich zu bewahrheiten, was ich befürchtet habe, nämlich, dass wir, wenn wir von Seiten des Stadtschulrates auf dem raschen Weg versuchen eine Lösung herbeizuführen, damit auf die Nase fallen könnten. Ich habe ein gewisses Verständnis für die Haltung der GPK. Aufgrund der neuen Personalgesetzgebung, wonach der GrSR lediglich noch über die Lohnsummenentwicklung, aber nicht mehr über den Stellenplanerweiterung befindet, haben wir den Schritt zur Ausweitung der Schulsozialarbeit auf Primarschulstufe auf dem Budgetweg, ohne dem GrSR eine Vorlage zu unterbreiten, gewagt. So wie es aussieht, sind wir damit möglicherweise auf die Nase gefallen. Mir persönlich und auch Teilen des Stadtschulrates wäre eine vorgängige, sorgfältige Evaluation - so wie wir es bei der Einführung der Schulsozialarbeit auf der Realstufe gemacht haben - lieber gewesen. Peter Möller hat darauf hingewiesen, manchmal handelt man einfach aus der Not heraus. Was wir hier beantragen, ist eine solche situationsgerechte Handlung. Wir stellen tatsächlich fest, dass möglicherweise gewisse Probleme früher behoben werden könnten, sofern die Möglichkeiten dazu bestehen. Peter Möller hat die Primarstufe angesprochen; wir können jedoch auch beim Kindergarten beginnen. Wir haben zurzeit einen Kindergartenschüler, der Kleiderhaken aus den Wänden reisst und versucht, andere Kinder mit Springseilen zu strangulieren. Wenn man mir da sagt, es würde nicht einer Notwendigkeit entsprechen, verkennt man offensichtlich die Tatsachen. Was mir am Ganzen - und das gebe ich gerne zu - nicht gefällt, ist, dass die vorgeschlagene Erweiterung auf Primarstufe nur jene Schulhäuser betrifft, in denen bereits schulische Sozialarbeit auf Realschulstufe geleistet wird, das heisst, jene Schulhäuser, die sowohl Real- wie auch Primarschulklassen beherbergen. Der Bedarf der übrigen Schulen, der reinen Primarschulen, ist damit natürlich nicht abgedeckt, und dies missfällt mir. Aber auch hier ist man auf die Brennpunkte fokussiert und hat versucht, dort anzusetzen, wo unseres Erachtens der Bedarf am Dringendsten ist. Die Ihnen von der GPK zur Streichung empfohlene Erweiterung der

schulischen Sozialarbeit auf Primarschulstufe hätte gewissermassen im Sinne einer Feuerwehrübung eingeführt werden sollen. Sollten Sie dem Antrag der SP/AL-Fraktion zustimmen, würden Sie damit den Antrag des Stadtschulrates stützen. Wir müssen uns bewusst sein, dass damit wohl kaum der Endausbau der schulischen Sozialarbeit erreicht ist. “

SR Thomas Feurer:

”Wir haben heute einen Vorspann von dem erlebt, was bei der Debatte der Motion von Christa Flückiger passieren wird. Es wundert mich nicht, dass dieses Thema bewegt, weil dahinter tragische Fälle - wie vom Schulreferenten geschildert - stehen. Im Vorfeld dieser Diskussion habe ich mich an ein Lied, das die Beatles im Jahre 1965 geschrieben haben, erinnert; es hiess dort: You know, I need somebody, help. So komme ich mir hin und wieder in meinem Amt als Sozialreferent vor. Die anderen sagen, helft uns, und somebody sollte helfen, aber wer ist das? Der GrSR hat sich entschieden, einen Auftragnehmer und einen Auftraggeber in Bezug auf die Sozialarbeit einzusetzen; der Auftragnehmer sind wir vom Sozialreferat, die diese Arbeit ausführen, der Auftraggeber ist die Schule. Dass wir aus einer Notsituation heraus - wie von Urs Hunziker genannt - einfach einmal 80% reserviert haben, hat seinen Ursprung in tatsächlichen Hilferufen der Lehrerschaft und aus den Kommissionen, die an uns gelangt sind. Wir haben im Laufe des Budgetprozesses - bereits im April 2007 - als “Platzhalter” diese 80% im Budget aufgenommen. Wir haben beim Auftraggeber nachgefragt, wie viel braucht man und was ist wirklich nötig. Die Diskussionen haben gezeigt, dass für eine fundierte Analyse zu wenig Zeit zur Verfügung stand und dass die vorgesehenen 80% für eine Abdeckung auf Primarschulstufe nie und nimmer ausreichend sind. Neuhausen hat zurzeit eine zusätzliche 80% Stelle bewilligt, verfügte jedoch bereits vorher über grössere Kapazitäten wie wir. Neuhausen beschreitet den pragmatischen Weg, sie reagieren auf nötige Veränderungen und versuchen, dort präsent zu sein. Wir haben einen anderen Weg gewählt. Vor drei Jahren hat die Fachhochschule Basel unter Leitung des damaligen Bereichsleiters Werner Bächtold eine Studie erarbeitet. Dieses Parlament hat ohne Gegenstimme der Einführung der schulischen Sozialarbeit zugestimmt. Aufgrund der Erfahrungen, welche die Schulsozialarbeitenden machen und gemacht haben, aber aufgrund der kurzen Zeit noch nicht in eine sorgfältige Analyse einfliessen lassen konnten, entstand die tatsächliche Situation, dass sich die Lehrerschaft auf der unteren Stufe dringend wünscht, ebenfalls in den Genuss einer schulischen Sozialarbeit zu kommen. Ich habe in der Budgetphase gespürt, dass die Erwartungen an die Vorgehensweise, einen Betrag ins Budget aufzunehmen, in der Annahme, dass anlässlich der heutigen Budgetsitzung alles klar ist, wahrscheinlich nicht erfüllt werden. Wenn ich zurück denke, würde ich die Analyse vorziehen und mit einer Vorlage statt einer Budgetposition an das Parlament gelangen. Ich denke mir, dass die Vorarbeiten ausgeführt wurden; es wäre somit auch zum jetzigen Zeitpunkt noch möglich. Dieser Bericht ist nicht so wenig aussagefähig wie von Cornelia Stamm Hurter erwähnt, auch wenn die Durchlässigkeit nach oben Richtung Sekundarschule und nach unten vermisst wird. Ich wehre mich dagegen, irgend jemandem eine Salamtaktik vorzuwerfen. Es würde nichts nützen. Ich biete Ihnen an, sofort mit der Arbeit zu beginnen und als Folge innerhalb der nächsten 4-6 Monaten eine Vorlage vorzulegen, mit Detailinformationen bezüglich Pensen, betroffenen Stufen und Schulhäusern und klaren Pflichtenheften gegenüber den anderen 10 bis 12 Institutionen, welche sich ebenfalls um die erwähnten Problemfälle kümmern. In diesem Sinne ist die heutige Debatte keine Niederlage für mich, wir haben ernsthaft über das Thema diskutieren können. Anstatt über eine Position im Budget werden wir via Vorlage ein Resultat vorlegen, das wirklich allen Bedürfnissen gerecht wird. “

Peter Neukomm (SP):

"Ich bin erstaunt darüber, wie sich der Stadtrat über ein Räuspern der SVP ins Boxhorn jagen lässt und nach dem Votum von einem allgemeinen Schiffbruch spricht. Die SVP hat nicht die Mehrheit in diesem Rat. Ich weiss nicht, warum der Schulpräsident sich bereits geschlagen gibt, bevor überhaupt eine Abstimmung stattfindet. Es gäbe durchaus die Möglichkeit, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. SR Thomas Feurer hat die ganze Spannung schon vorweg genommen, und wir behaften ihn auf die erwähnten 4-6 Monate. Somit hat sich die Diskussion vorläufig erledigt und ist im Protokoll vermerkt."

Christoph Schlatter (SP):

"Ich möchte ganz kurz aus meiner eigenen pädagogischen Erfahrung auf den sehr wichtigen *ganzheitlichen* Ansatz hinweisen. Wenn wir heute auf Primarschulstufe der schulischen Sozialarbeit zustimmen, können wir nachher auf der Realschulstufe Geld sparen. "

Alfred Zollinger (SVP):

"Ich möchte meinen Dank an SR Thomas Feurer für den Brückenschlag aussprechen. Ich erwarte jetzt von Kurt Zubler, dass er seinen Antrag zurückzieht. Die Gründe, warum die Mehrheit in der GPK einen negativen Entscheid gefällt hat, sind Kurt Zubler bekannt, und ich hoffe auf ein Zurückziehen des von ihm gestellten Antrages, um weiterarbeiten zu können. "

Katrin Hauser-Lauber (FDP):

"Ich stehe in einem gewissen Dilemma. Die Einführung der Schulsozialarbeit käme bestimmt einigen Schülerinnen und Schülern und deren Familien zugute. Auf der anderen Seite - und mit mehr Zeit, wie von SR Thomas Feurer ausgeführt - könnte eine verbesserte Vernetzung zwischen Schule und Schulsozialarbeit stattfinden. Ich habe in den letzten zwei Wochen während meiner Schulratsarbeit gemerkt, dass diese Zusammenarbeit optimiert werden könnte. Es macht meines Erachtens Sinn, sich mehr Zeit zu nehmen, um das ganze Vorhaben besser vorbereiten zu können. "

Iren Eichenberger (OeBS):

"In unserer Fraktion wurde die Thematik mit Thomas Feurer natürlich auch besprochen. Ich bin und war im Dilemma, was wir tun sollten. Wichtig ist für mich das Kriterium der Verankerung und dass die Stelle langjährig getragen wird. Ich erinnere an die Diskussion um die Stadtökologie in grauer Vorzeit. Diese Stelle musste immer wieder unter einem mangelnden soliden Konsens leiden. Das möchte ich der Schulsozialarbeit ersparen. Auf der anderen Seite ist das Drängen der SP berechtigt und manchmal ist es mühsam, Berichte über Dinge abzuwarten, die eigentlich selbstverständlich sind. Für die Praktiker ist es eine Zumutung anzuhören, dass jetzt die Wissenschaft auch noch ihre Bestätigung abgegeben hat. Trotzdem gibt es für mich eine Wende oder ein Entscheidungskriterium in der jetzigen Diskussion. Die Motion Christa Flückiger steht an 7. Stelle in der Liste der pendenten Geschäfte. Ich möchte den SR auf die von ihm erwähnten 4-6 Monate behaften und bin unter den gegebenen Umständen bereit, diesen Antrag heute nicht zu unterstützen. "

Kurt Zubler (SP):

"Der Antrag, den Posten im Budget zu belassen, entspricht dem Hilferuf "I need some help". Der SR hat signalisiert, die geäusserten Bedürfnisse in ein Konzept zu "giessen". Das Verständnis für diese Arbeit habe ich auch im Votum von Cornelia Stamm Hurter gehört, wir haben Gelegenheit, im Rahmen der Motion von Christa Flückiger darüber zu beraten und den Auftrag, den SR Thomas Feurer bereits

entgegen genommen hat, mit einer Parlamentsmehrheit noch zu überweisen. Ich ziehe den Antrag - zwar ungerne - zurück, unter Berücksichtigung, dass der SR als Exekutive die Ausführung signalisiert hat. “

Urs Tanner (SP):

”Wir stehen vor einem brennenden Haus und verlangen übernächste Woche eine Sitzung und ein Konzept. Von der rechten Seite wird “Konzeptionitis” als Vorwurf laut. Das Geschäft wurde im Stadtschulrat mit 6 : 1 Stimmen verabschiedet. Die beiden zuständigen Herren haben auf einmal signalisiert, es pressiere nicht mehr und eine Motion hat bekanntlich drei Jahre Frist. Ich werde keinen Antrag mehr stellen. Trotzdem verstehe ich das Ganze nicht mehr. Es brennt, es ist heiss, aber wir haben Zeit. “

Kurt Zubler (SP):

3000 Bibliotheken

434.029 Benützungsgebühren, Dienstleistungen

”Wir haben uns in der GPK nach dem Grund des Rückganges der Gebühren erkundigt und von René Specht folgende Antwort erhalten: *In den ersten 12 Monaten nach Einführung wurden schliesslich Fr. 34'500.-- eingenommen. Diese Zahl fand Eingang in den Voranschlag 2008. Die Auswertung der im laufenden Jahr getätigten Einnahmen zeigt, dass sogar dieser Betrag zu hoch ist. Die Einnahmen dürften im Rechnungsjahr 2007 höchstens Fr. 27'000.-- betragen. Viele Benutzerinnen und Benutzer, welche die Gebühr 2006 ein erstes Mal bezahlt haben, haben offenbar nach einem Jahr darauf verzichtet, ihre Mitgliedschaft zu erneuern. Fazit: Die Benützung für erwachsene Auswärtige hat in erster Linie Benutzer vertrieben und nur ein Viertel bis höchstens ein Drittel der erhofften Einnahmen gebracht. Die auf derselben Finanzposition verbuchten Einnahmen aus Fernleihgebühren sind mit rund Fr. 4'000.-- seit Jahren konstant.* Sie können sich vielleicht daran erinnern, dass ich immer ein Gegner dieser auswärtigen Taxen, Karten und dergleichen war. Ich denke, es ist nicht “freundeidgenössisch”, wie wir dies doch auch eigentlich pflegen. Der SR hat bei Einführung der Gebühren versichert, diese seien ein Unterpfand in den Verhandlungen mit den zentral örtlichen Leistungen. Es hat auch gewirkt, und man hat einen entsprechenden Erfolg “gezeitigt”. Der SR hat dem Regierungsrat gegenüber versprochen, diese Gebühr zurückzuziehen. Der Stadtpräsident hat uns in der GPK versichert, dass wir in 2008 keine Einnahmen mehr haben werden. Ich beantrage deshalb, den Posten um Fr. 34'500.-- auf Fr. 3'800.-- zu kürzen. Wir wollen mit dem Budget so nahe wie möglich an die Realität gehen und nicht einen Betrag budgetieren, von dem wir wissen, dass er per Januar 2008 nicht mehr erhoben werden wird. “

Stadtpräsident Marcel Wenger:

”Ich finde es zwar nicht unbedingt gut, in vorseilendem Gehorsam zu reagieren. Deswegen bitte ich Sie, dem von Kurt Zubler gestellten Streichungsantrag nicht vollumfänglich zuzustimmen. Die Referendumsfrist über das Gesetz über den Finanzausgleich läuft noch bis zum 6. Dezember 2007. Wir haben uns vorgenommen, wenn diese Frist unbenutzt abläuft und der Regierungsrat dieses Gesetz in Kraft setzt, diese Gebühren ausser Kraft zu setzen. Das haben wir nicht nur unserer Kantonsregierung, sondern auch der Zürcher Regierungsrätin Rita Fuhrer versprochen und werden diese Gebühren entsprechend aufheben. Den ganzen Betrag kann ich Ihnen allerdings nicht zur Streichung anbieten. Es sind in dieser Position 434.029 auch Dienstleistungen und Gebühren inbegriffen, die man erbringen muss, wenn ein Buch wieder hergestellt werden muss oder wenn

Suchgebühren anfallen. Ein Maximum an Streichung im Umfang von rund Fr. 25'000.-- wäre angebracht, sonst verschlechtern Sie das Budget über Gebühr. Dieses Signal dürften Sie meiner Ansicht nach heute setzen, weil ich nicht denke, dass das Referendum ergriffen wird, wenn Sie denn schon vorausseilend so gehorsam sein wollen. Sind Sie doch auch einmal vorausseilend gehorsam, wenn der Stadtrat etwas möchte und nicht nur, wenn die Regierung es will. “

Alfred Zollinger (SVP):

”Ich bitte Sie darum, die Fr. 38'300.-- stehen zu lassen. Bei einer Abschaffung gibt es weniger Einnahmen, und wir haben sicher die Gewähr, dass bei der Rechnung 2008 mindestens bei einer Position im gesamten Rechnungsordner kommentiert ist. Das spielt doch überhaupt keine Rolle und ist für mich ein “Veloständerproblem”. “

Kurt Zubler (SP) hält an seinem Antrag fest.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 27 : 19 Stimmen die Position 3000 434.029 - wie im Budget aufgeführt - gut.

Alfred Zollinger (SVP):

3095 Übrige Kulturförderung

365.105 Beitrag an Hallen für Neue Kunst

”Die Ergänzung, die in der GPK einstimmig beschlossen wurde, lautet wie folgt: *Eine Auszahlung des Beitrages an die Hallen für Neue Kunst darf erst nach Bereinigung des Finanzplanes und des Zwischenabschlusses erfolgen.* “

Stadtpräsident Marcel Wenger:

”Ich möchte Alfred Zollinger dafür danken, dass die GPK diese Einschränkung aufgenommen hat. Wir sind selbstverständlich bereit, diesem Anliegen zu entsprechen und werden dieses den Verantwortlichen der Hallen für Neue Kunst weiterleiten. Es ist eine gute und vernünftige Reaktion, vor allem vor dem Hintergrund der Zukunftspläne, wenn der Duktus der Finanzplanung und der Zwischenabschluss, die von den Aufsichtsbehörden der Stiftung eingeführt wurden, erfüllt werden. Der Stadtrat stimmt der Ergänzung ebenfalls zu. “

Oliver Mank (SVP):

3095 Übrige Kulturförderung

365.108 Beiträge an städtische Vereinigungen und Institutionen:

”Im budgetierten Betrag von Fr. 135'000.-- ist ein Betrag von Fr. 10'000.-- an die Knabenmusik Schaffhausen enthalten. Dieser Betrag scheint eher klein, wenn man bedenkt, dass Stadtmusik und Stadtharmonie, welche zusammengezählt bei weitem nicht die Korpsgrösse der Knabenmusik erreichen, mit jeweils Fr. 11'000.-- unterstützt werden. Ein Beitrag an die Knabenmusik ist zudem ein aktiver Beitrag an eine kostengünstige Form der Jugendarbeit. Ich erlaube mir, den SR anzufragen, ob er die Meinung teile, dass dieser Beitrag eher bescheiden sei und ob er allenfalls plane, diesen zukünftig anzuheben?“

SR Thomas Feurer:

”Die Beiträge an die städtischen Kulturvereinigungen und Institutionen wurden in sehr aufwändigen Verhandlungen über sehr lange Zeit vereinbart. Das gesamte Gefüge lässt bei niemandem das Gefühl aufkommen, genug zu bekommen, was auch normal ist. Jeder hätte gerne mehr. Wenn wir irgendwo in diesem Getriebe ein

Rad besser schmieren wie das andere, sind die Auswirkungen sehr ungünstig. Dazu kommt, dass für mich gerade im Bereich der Musik - Stadtharmonie, Stadtmusik, Knabenmusik - das Optimum noch nicht erreicht ist, was die Zusammenarbeit anbetrifft, um alle Synergien wirklich zu nutzen. Ich möchte das Statement von Oliver Mank gegenüber der Knabenmusik als positive Wertung ihrer Wichtigkeit sehen. Aus meiner Sicht möchte ich nicht auf der einen Seite etwas Gutes tun und die anderen im Regen stehen lassen. Bitte lassen Sie das Gefüge bestehen. "

Christa Flückiger (SP):

5490 Kinder- und Jugendbetreuung

5491 Städtische Tagesschule

5492 Beiträge an Kinder- und Jugendbetreuung

"Beziehend auf die Antwort des Stadtrates vom 13.03.07 auf die Kleine Anfrage betreffend Bundesgelder zur Anschubfinanzierung für Tagesstrukturen stellen sich folgende Fragen: In der Antwort des Stadtrates wird auf eine Bedarfserhebung für April 07 hingewiesen. Dass nach Auswertung der Erhebung bei Bedarf weitere Tagesstrukturen geschaffen werden, wird ebenfalls deutlich. Bei den Positionen ist ersichtlich, dass keine zusätzlichen Projekte geplant sind, beziehungsweise im Budget keine wesentlichen Beitragserhöhungen gesprochen wurden. Daraus entnehme ich, dass voraussichtlich in nächster Zeit wieder keine Bundesgelder für neue Betreuungsplätze abgeholt werden. Ist demzufolge die Erhebungsaufnahme auf ein Ergebnis gestossen, das den Ausbau von stadt-eigenen Projekten unnötig macht? Wenn ja, welche Zielgruppen wurden angefragt und wie verlief die Befragung? Letzte Woche konnte den Schaffhauser Nachrichten entnommen werden, dass an der Kronenhalde auf privater Basis eine weitere Kinderbetreuung mit unterschiedlichem Angebot realisiert wird. Die Initiative und Motivation basiert auf laufenden Abklärungen von Bedarf und Bedürfnissen aus Familien mit Kindern. Es zeigt sich also ganz deutlich, dass - wenn bestimmte Zielgruppen kontaktiert werden - das Bedürfnis durchaus besteht. Die Tagesschule Hohberg befindet sich nicht zentral genug, zudem ist sie für die Benützer sehr teuer und die Situation während den Schulferien unzumutbar, weil sie geschlossen bleibt. Die Motionen Deppe und Neukomm sind immer noch nicht realisiert. Ausserdem weist die Stadt Schaffhausen einen grossen Anteil Kinder auf, welche dringend Tagesstrukturen benötigen. Insbesondere bei Schulkindern ist es laut Aussagen der Lehrkräfte besonders schwierig, Plätze zu finden. Der Schülerhort in der Stadt ist gut besetzt, an einzelnen Tagen sogar überfrequentiert, was die Aufnahme von sogenannt schwierigen Fällen oftmals unmöglich macht, da die nötige individuelle Betreuung wegen Überlastung nicht gewährleistet werden kann. Müsste die Stadt demzufolge nicht handeln und mit einem bezahlbaren Angebot für Familien dieser Stadt und zur Verbesserung des Standortes Schaffhausen endlich vorwärts machen? "

SR Urs Hunziker:

"Es ist natürlich nicht so, dass wir seit dem Inkrafttreten des Subventionsreglementes keine neuen Plätze geschaffen haben. Ich bitte Sie, dazu die Position 5492 zur Hand zu nehmen. Für das Jahr 2008 sind Fr. 175'000.-- vorgesehen, was auf den ersten Blick fragwürdig erscheint, weil im Voranschlag 2007 Fr. 395'000.-- figurierten. Bei den Konten 365.532 und den folgenden sind Beträge aufgeführt, die jenen Kindertagesstätten zugute kommen, mit denen bereits eine Leistungsvereinbarung (LV) abgeschlossen ist. Sobald die LV erledigt sind, erscheinen die Betreuungsstätten unter eigenen Kontonummern. 2006 haben wir 8 Plätze neu subventioniert, 12 Plätze in 2007 und für das Jahr 2008 sind 12 zusätzliche Plätze vorgesehen. In der Bedarfsabklärung sind wir tatsächlich im Rückstand. Die

Ausarbeitung der LV mit den verschiedenen Institutionen hat sich als sehr aufwändig erwiesen. Wir haben auch die Verordnung des Stadtrates für die Mittagstische den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die Vorlage Schulraumplanung, die der SR bereits in einer ersten Lesung behandelt, beinhaltet eine "massive Aussage" bezüglich des Ausbaus der Schulen im Bereich Tagesschulangebot. Ich bitte Sie einstweilen noch um Geduld, bis wir die Vorlage ins Parlament bringen, was voraussichtlich noch in diesem Jahr sein wird. "

Christa Flückiger (SP):

"Für mich entstehen eben keine wirklich neuen Plätze. Diese von Urs Hunziker erwähnten Plätze bestehen bereits, sie sind bisher einfach noch nicht von der Stadt subventioniert worden. Meine Frage zielt auf ganz neue Plätze aus. "

SR Urs Hunziker:

"Es sind zum Teil Plätze, deren Entstehungszeitpunkt mit dem der Subventionsverordnung deckungsgleich war und die eigentlich nur darauf warteten, dass die Subventionsverordnung in Kraft tritt. Die seit 2006 zusätzlich dazu gekommenen Plätze holen alle Bundessubventionen ab. Christa Flückiger hat die neue Kinderkrippe, die auf privater Basis entsteht, erwähnt. Auch da ist bereits ein Antrag bei uns eingetroffen. "

Mariann Schwyn (SP):

5830 Alimentenbevorschussung

366.108 Alimentenauszahlungen

5870 Ausländerfürsorge

"Meine Frage lautet: Wie bereits in der Botschaft des SR aufgeführt, wird die Alimentenbevorschussung um Fr. 100'000.-- reduziert. Die Gründe dafür sind mir nicht klar, insbesondere wenn man den Kommentar unter Konto 436.402 liest: *Aufgrund zunehmender Erwerbslosigkeit, aber auch infolge veränderter Familienverhältnisse wie Wiederverheiratung mit Nachwuchs aus zweiter Ehe und allgemein schlechtere Zahlungsmoral der Schuldner reduzieren sich die Einnahmen.* Es geht mir nicht um die Höhe der Alimentenauszahlung - ich stelle keinen Antrag - sondern ich hätte gerne mehr Information zu dieser Reduktion, ebenso zu Position 5870 Ausländerfürsorge, wo ebenfalls Kürzungen zum Tragen kommen. "

SR Thomas Feurer:

"Der Budgetprozess ist nicht punktgenau, vor allem nicht in diesem Bereich. Über einen längeren Zeitraum betrachtet hat es sich immer wieder gezeigt, dass in wirtschaftlich besseren Zeiten die Alimentenbevorschussungen naturgemäss leicht zurückgehen. Wir sprechen von einem Unterschied von 6%, der für mich realistisch scheint. Zu denken gibt uns, dass beim Inkasso eher eine Verschlechterung der Situation festgestellt wird. In konjunkturell guten Zeiten verbesserte sich diese normalerweise auch. Ich habe mich vor einigen Monaten, als diese Verschlechterung tatsächlich passierte, nach den Gründen erkundigt, und ob es allenfalls an mangelnder Deutlichkeit gegenüber den säumigen Zahlern liege. Dies trifft jedoch nicht zu, die Stadt ist ein sehr "unangenehmer" Partner. Der Grund liegt vielmehr darin, dass es sich bei den Personen oft um Menschen handelt, die bereits seit Jahren in unsere Strukturen eingebunden sind. Mahnungen bewirken demzufolge wenig. Die Anschlussfrage betreffend Ausländerunterstützungsbeiträge kann ich wie folgt beantworten: Auch hier setzen wir auf das "Prinzip Hoffnung", dass die Unterstützungsbeiträge zurückgehen werden. Die Zahlen von 2007 zeigen deutlich, dass wir sogar nicht nur unter dem Budget, sondern sogar unter der Rechnung 2006

abschliessen werden. Die gesamten Sozialhilfeausgaben in der Stadt Schaffhausen liegen zurzeit - verglichen mit der Rechnung 2006 - rund 10% tiefer. Es sind natürlich nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Rückerstattungen, die wir in dieses Kalkül einbeziehen müssen. “

Iren Eichenberger (OeBS):

7899 Stadtökologie

301.000 Besoldungen

”Ich möchte eine Frage zur Stadtökologie stellen: Warum wird erheblich tiefer gegenüber der Rechnung 2006 und dem letzten Budget budgetiert? Welches ist die Erklärung? Ich weiss nur, dass der Stadtökologe mit immer mehr Aufgaben betraut wird, beispielsweise in den Schulen, mit den unzähligen zurzeit laufenden Planungsvorhaben und mit der Vernetzungsarbeit im Agglomerationsverein. “

Stadtpräsident Marcel Wenger:

”Bei näherer Betrachtung der Positionen stellen Sie unschwer fest, dass rund Fr. 20'000.-- tiefer budgetiert wurde. Dieser Betrag steht für zwei Praktikanten im Jahr 2006, eine Praktikumsstelle in 2007 und für 2008 haben wir diese Stelle nicht mehr besetzen können. Sie sehen an der Position 7899 318.501 Aufträge an Dritte, dass diese sich erhöht haben (von Fr. 44'000.-- auf Fr. 55'000.--), weil wir einen Teil dieser Arbeiten extern auslagern. Es wird im Laufe des Jahres 2008 ein Antrag auf Erhöhung der Stellenprozentage erfolgen, je nach konkretem Pflichtenheft, das wir überprüfen und nach Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Abteilungen abklären werden. Das von Iren Eichenberger angesprochene Problem der Inanspruchnahme der Stadtökologie wird damit im Laufe des Jahres 2008 einer neuen Lösung zugeführt. “

IV. Investitionsrechnung Seite 99 bis 115

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, IV. Investitionsrechnung, Seite 99 bis 115.

Wortmeldungen zur Investitionsrechnung:

Erwin Sutter (EDU):

140 Feuerwehr

506.100 Anschaffung Fahrzeuge

”Es handelt sich hier um die Anschaffung einer neuen Drehleiter im Umfang von Fr. 1,3 Mio., deren Finanzierung auch bereits gesichert ist, 30% durch die Feuerwehr, 70% durch die Feuerpolizei. Ich möchte folgende Fragen stellen: Was geschieht mit dem alten Fahrzeug? Wohin kommt dieser Beitrag? “

Stadtpräsident Marcel Wenger:

”Es ist keine einfache Frage. Ich weiss nur, dass die alte Drehleiter im oberen Bereich nicht abgeknickt werden kann und deshalb einige Dachaufbauten in unserer Altstadt aufgrund ihrer Gebäudehöhe nicht erreicht, was ein potenzielles Risiko darstellt. Auch die Steuerung der alten Drehleiter ist nicht optimal; sie muss von der Basis über Funk gesteuert werden, und zwar müssen die Befehle oben im Korb ausgeführt werden, was ein nicht ganz einfaches Unterfangen darstellt. Wir brauchen daher einen Ersatz. Dabei profitieren wir letztmals von Kantonsbeiträgen, die zur Anschaffung einer solchen Drehleiter entrichtet werden. Die alte Drehleiter wird weiterhin, wenigstens teilweise, im Einsatz bleiben oder allenfalls verkauft werden. Ich gebe zu, dass ich keine weiteren Details zu dieser Drehleiter kenne. “

Alfred Zollinger (SVP):

"Ich komme mir wie ein Meldeläufer vor. Das alte Gefährt wird vom Verkäufer zu einem Preis von Fr. 20'000.-- zurückgenommen. " (Information von Herbert Distel, der auf der Tribüne anwesend ist)

Urs Tanner (SP):

340 Rhybadi

503.365 Rhybadi, Einbau Inforaum

"Unsere GPK-Mitglieder haben für diese Fr. 200'000.-- gekämpft, und ich werde an dieser Stelle keinen Antrag stellen, weil wir die Gründe der GPK, die zu einer Streichung geführt haben, akzeptieren. An einer Sitzung des Projektteams "Rheinufergestaltung" - die im Laufe des Monats Dezember den Startschuss für die Umsetzung der Rheinufergestaltung geben wird - wurde dies vielleicht eine Spur zu "hemdsärmelig" aufgeleitet. Wir unterstützen diese Streichung, erwarten aber zuhänden der GPK eine Minivorlage, weil eine Wiedererwägung dieses Inforaumes bei der Umsetzung von "Restanzen" der IGA 2017 oder der Motion "Rheinufergestaltung" durchaus eine Chance haben könnte. "

Erwin Sutter (EDU):

942 Liegenschaften des Finanzvermögens

703.121 Kammgarn Ausbau Infrastruktur

703.124 Kammgarn Erneuerung der Toilettenanlagen

"Der Betrag von Fr. 570'000.-- zur Erneuerung der Toiletten und zusätzlich Fr. 370'000.-- für den Ausbau der Infrastruktur erscheint doch sehr hoch. Offenbar handelt es sich um ein einziges Bauvorhaben mit einem Gesamtbetrag von Fr. 940'000.--. Für diesen Betrag könnte ein ganzes Einfamilienhaus gebaut werden. Neue Toiletten für Fr. 570'000.--, wenn auch rollstuhlgängig, erscheinen mir doch so, wie wenn geklotzt oder zumindest ein Repräsentativbau erstellt würde. Ich bin nicht grundsätzlich dagegen, dass Toilettenanlagen erweitert werden; aber bitte nicht zu diesen Kosten. Ich habe Mühe zu verstehen, dass es sich durch die Verlagerung der Toiletten in ein neues Gebäude um gebundene Ausgaben handeln soll. Abgesehen davon, handelt es sich auch bei gebundenen Ausgaben um Steuergelder, mit denen haushälterisch umzugehen ist. Je nach Antwort des Stadtrates werde ich Ihnen die Streichung der beiden Beträge im Gesamtbetrag von Fr. 940'000.-- beantragen. Im Gegenzug dazu soll ein neues kostengünstiges Projekt ausgearbeitet werden und als Vorlage präsentiert werden. "

SR Peter Käppler:

"Ich verstehe, dass sich Erwin Sutter über diese Beträge erschrocken zeigt. Bereits in der GPK habe ich das Projekt vorgestellt und erklärt. Zur Ausgangslage: Die Stadt ist Besitzerin der Kammgarn und als Vermieterin in der Pflicht, die Infrastruktur gemäss den vorgeschriebenen Anforderungen anzubieten. Die Situation bezüglich Veranstaltungshalle und Restaurant ist schon seit Längerem unzufriedenstellend, was sich auf die bereits von der Feuerpolizei und vom Brandschutz bemängelte Situation im Eingangsbereich bezieht, der für eine Veranstaltungshalle mit einer Kapazität von 700 Personen viel zu eng ist. Dieser Zugang muss verbreitert werden. Die heute bestehenden Anlagen - Veranstaltungshalle und Restaurant - genügen den Anforderungen einer Kapazität von 700 Personen nicht mehr. Dies konnten Sie sicherlich bei einem Besuch auch schon persönlich feststellen, im Gegensatz zu noch vor 10 Jahren hat die Kammgarn bei vielen Schaffhauserinnen und Schaffhausern an Akzeptanz gewonnen. Für die Stadt ist es wichtig, eine solche

Veranstaltungshalle zur Verfügung zu stellen. Wir haben verschiedene Lösungen überprüft, vor allem für die Erweiterung der Toilettenanlage, sei es im Gebäude selbst, wo die bestehenden Anlagen jetzt sind, sowie in den Geschossen darüber und darunter. Eine weitere Lösung mit einem separaten Gebäude auf dem Platz im Aussenbereich wurde ebenfalls evaluiert. Abschliessend kam man zur heute vorliegenden Lösung, die zwei Fliesen auf einen Schlag "erschlägt": Der Eingang wird vergrössert und in einem Pavillonanbau nach aussen verlegt; dies entlastet die engen bisherigen Eingangsverhältnisse. Der Eingang wird behindertengerecht und das Invaliden-WC ebenfalls dort angesiedelt. Eine Treppe führt zu den weiteren Toilettenanlagen, die im Aussenbereich liegen, was mit dem Grundwasserspiegel zusammenhängt. Bei der Variante Toilettenanlagen im Untergeschoss wäre man auf den Grundwasserspiegel gestossen, eine Tatsache, die den Bau übermässig verteuert hätte. Die geplante Lösung ist einfach und bewährt sich, obwohl ein kleiner Spickel in den Kammgarnhof hineinragt, der für den Eingang und die Rampe für Rollstühle sowie als Aussenbereich für das Restaurant genutzt wird. Es ist also eine kombinierte Lösung und von allen geprüften Möglichkeiten die einfachste. Die Toilettenanlage ist während der Öffnungszeiten der Kammgarn für alle zugänglich, sei es für Veranstaltungsbesucher im Kammgarnhof oder für Passanten. Kostenmässig ist die vorgeschlagene Variante nicht mehr tiefer anzusiedeln. "

Josef Eugster (SVP):

"Ich kann den von Erwin Sutter gestellten Antrag nur unterstreichen. Investitionen im Umfang von Fr. 940'000.-- sind nach einschlägigem Verfahren in der Stadt Schaffhausen im Verhältnis von 40 : 60 gebundene zu nicht gebundene Ausgaben. Es kann also nicht sein, dass Fr. 570'000.-- gebundene Ausgaben sind. In Anbetracht der Grössenordnung stelle ich Antrag für die Ausarbeitung einer Vorlage, die dem GrSR zu unterbreiten ist. "

Christoph Lenz (AL):

"Ich würde Ihnen raten und Sie darum bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen, zumal wir den Stadtrat nicht beauftragen können, für jede weitere Toilettenanlage, die gebaut werden soll, eine Vorlage zu erarbeiten. Das wäre mit Kanonen auf Spatzen schiessen. Die Stadt hat die sehr gute Ausgangslage, dass sie mit der Kammgarn einen Kulturanbieter hat, der mit relativ wenig Mitteln ein hervorragendes Programm anbietet. Als Eigentümerin ist es nicht mehr wie angebracht, die Infrastruktur auf einen ansprechenden Stand zu bringen, was mit der neuen Toilettenanlage sicher der Fall ist. Eine nicht gehbehinderten- und rollstuhlgerechte Toilettenanlage in einer der wesentlichsten Kulturstätten wie der Kammgarn ist für die Stadt Schaffhausen untragbar geworden. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen oder Herrn Eugster, er möge seinen Antrag zurückziehen, als Akt der besonderen Vernunft am heutigen Abend. "

Josef Eugster (SVP):

"Christoph Lenz gibt mir schon zu denken, der Betrag von Fr. 940'000.-- ist enorm viel Geld. Es wird wohl noch möglich sein, für einen solchen Betrag vom Stadtrat eine Vorlage zu verlangen. "

Urs Tanner (SP):

"Ein Mann, eine Stimme, dies gilt für jeden, der in dieses Parlament gewählt wird, sei er reich oder arm, Student oder was auch immer. Junge tragen relativ viel bei, auch wenn sie wenig im Säckel haben wie mein Vorredner. "

Christoph Lenz (AL):

"Ich habe vielleicht mit meinen 24 Jahren noch nicht so viel zum Wohl der Kommune beigetragen wie Josef Eugster; allerdings habe ich auch noch nicht so viel Porzellan zerschlagen. Bisher war ich bisher immer sehr überrascht vom Respekt, mit dem einem in diesem Stadtparlament begegnet wird, und ich hoffe, dass dies auch nach diesen Ausfälligkeiten der Fall sein wird, auch wenn man noch nicht während 40 Jahren Steuern bezahlt hat. "

SR Peter Käppler:

"Natürlich kann man aus dem Projekt eine Vorlage machen, allerdings nur mit der entsprechenden Zeitverzögerung. Hier ist keine Willkür am Werk, es fanden sorgfältige Abklärungen statt. Wir sind als Gebäudeeigentümer dazu verpflichtet. Der Anteil der gebundenen Kosten ist ganz klar ausgewiesen, eigentlich könnten - wegen dieser Verpflichtung - die Gesamtkosten als gebundene Ausgaben ausgewiesen werden. Wir müssen diese Auflagen erfüllen und haben keinerlei Wahlmöglichkeiten. Ich kann Ihnen folgendes Beispiel nennen: Im Zuge des Gleichstellungsgesetzes mussten wir im Stadttheater den Lift ausbauen, damit das Gebäude behindertengerecht wird; der dafür eingesetzte Betrag belief sich auf Fr. 200'000.-- als gebundene Kosten. Unter Berücksichtigung der Grössenverhältnisse, das heisst wenn die Anforderungen erfüllt werden müssen, die einer Kapazität von 700 Personen genügen, ist die eingesetzte Summe sehr schnell erreicht. Ich weise daraufhin, dass unter der Position 869.000 Fr. 100'000.-- Einnahmen ebenfalls dazu gehören, welche bisher noch nicht erwähnt wurden. Es handelt sich um den Beitrag, den die Kammgarn an dieses Projekt beisteuert. Ich bitte Sie, das Projekt stehen zu lassen. "

Cornelia Stamm Hurter (SVP):

"Ich möchte Ihnen doch etwas widersprechen bezüglich Ihrer soeben gemachten Ausführungen, die nicht ganz "tel quel" stimmen. Es gibt eine riesige Menge an Bundesgerichtsentscheiden, was gebundene Ausgaben sind und was nicht. Ich werde Sie damit jedoch nicht behelligen, damit Sie auch noch eine schöne Nachtruhe verbringen können. Ich wollte Ihnen nur sagen, dass es einen bestimmten Spielraum gibt, und es ist sehr diffizil, abzugrenzen, was gebunden und was nicht gebunden ist. Die von Ihnen gegebene Antwort, man könne einfach für den Bau einer behindertengerechten Toilettenanlage einen Annex für eine Million bauen, befriedigt mich nicht ganz. Es gibt hier einen gewissen Spielraum, die Grenze zu ziehen, ist sehr schwierig, und es gäbe sehr wohl auch eine andere Meinung zu dieser Angelegenheit. "

Abstimmung:

703.121 Kammgarn Ausbau Infrastruktur Fr. 370'000.--

703.124 Kammgarn Erneuerung der Toilettenanlagen Fr. 570'000.--:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 30 : 13 Stimmen die Positionen 703.121 und 703.124 gemäss Budget 2008 gut.

V. Spezialfinanzierungen Seite 118 bis 128

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliert den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, V. Spezialfinanzierungen, Seite 118 bis 128.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Spezialfinanzierungen.

VI Stiftungen und Legate Seite 130 bis 141

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliert den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, VI. Stiftungen und Legate, Seite 130 bis 141.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Stiftungen und Legate.

VII. Spezialverwaltungen Seite 145 bis 155

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliert den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, VII. Spezialverwaltungen, Seite 145 bis 161.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Spezialverwaltungen:

KSD Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung

- Holzschnitzelbetrieb
- Abwasserreinigungsanlage Röti
- Kehrichtverbrennungsanlage Hard
- Multikomponentendeponie Pflumm

VIII. Stiftung Impuls Seite 159-163

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliert den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, VII. Stiftung Impuls, Seite 165 bis 169.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Stiftung Impuls.

IX. Betriebe Seite 167 bis 179

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliert den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, IX. Betriebe, Seite 174 bis 186.

Wortmeldungen zu Betrieben:

- Globalbudget 2008 Städtische Werke Schaffhausen (EWS, GSH, WSH, Wärmeverbund Herrenacker)
- Voranschlag 2008 der Verkehrsbetriebe Schaffhausen

Städtische Werke:

Martin Egger (FDP):

„Ich begrüsse das Vorgehen, dass interne Verrechnungen nicht mehr gestellt werden und damit die Mehrwertsteuer nicht nach Bern abgeliefert werden muss. Gibt es noch andere Institutionen, wie Wasserwerke, die interne Verrechnungen stellen? Mir ist eine Position bei der Feuerwehr mit Fr. 80'000.-- aufgefallen, die für Wasserbezug auf Hydranten gestellt werden. Ich gehe davon aus, dass diese auch mehrwertsteuerpflichtig ist. Kann sich der SR vorstellen, diese Praxis noch auszubauen? Wenn diese Frage zu überraschend kommt, kann ich gerne auch eine Kleine Anfrage daraus machen.“

Stadtpräsident Marcel Wenger:

„Die öffentliche Beleuchtung ist effektiv ein Sonderfall, sie wäre mehrwertsteuerpflichtig gewesen, hätten wir sie nicht intern verrechnen können. Dieser Sonderfall wurde von der GPK in Auftrag gegeben. Wie es ist, wenn wir nicht Licht, Wärme oder Kälte liefern, sondern Wasser-, Gas- oder Strom müsste vertiefter abgeklärt werden. Ich wäre allerdings froh, wenn dies nicht bereits als Möglichkeit in

den Raum gestellt würde. Die Mehrwertsteuerverwaltung in Bern ist bei internen Verrechnungen sehr aufmerksam. Wir haben in Bern einen rechtsmittelfähigen Entscheid eines Verantwortlichen verlangt, der dies in Bezug auf die *öffentliche Beleuchtung* auch wirklich stützt. Die öffentliche Beleuchtung ist offenbar Gegenstand, der auch separat verrechnet werden kann. Die Rechtsform der Städtischen Werke kommt uns selbstverständlich entgegen, sie ist eine Abteilung der Stadt. Die Energieträger Wasser, Gas und Strom werden ganz anders behandelt, und ich bitte Vorsicht walten zu lassen. “

II. Sachgruppenstatistik Seite 7 bis 10

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, II. Sachgruppenstatistik, Seite 7 bis 10.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Sachgruppenstatistik.

I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung Seite 3

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung, Seite 3.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zum Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Rückkommensantrag gestellt wird.

BOTSCHAFT DES STADTRATES UND ANTRÄGE

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest die Botschaft Seite 1 bis 12 (bis zu den Anträgen) und die von der GPK in der ersten Lesung vom 31.10.07 und in der 2. Lesung vom 14.11.07 angepassten Anträge wie folgt:

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Botschaft.

ANTRÄGE

1. Der Voranschlag für das Jahr 2008 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf **98%** festgesetzt und gemäss Art. 11 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Es werden folgende Anträge gestellt:

Daniel Preisig (JSVP):

”Ich beantrage Ihnen im Namen der SVP/JSVP/EDU-Fraktion, den Steuerfuss 2008 auf 97% zu senken. Kurzbegründung: Durch den NFA und den innerkantonalen Finanzausgleich erfolgt in der Summe eine Entlastung in der Grössenordnung von über 8 Prozentpunkten. Eine geringere Steuerfussenkung bedeutet, dass die Stadt den vom Kanton erhaltenen Vorteil verspielt. Experten beobachten, dass innerhalb des Kantons Schaffhausen die Stadt weit überdurchschnittlich von den Ansiedlungen der Wirtschaftsförderung profitiert und demnach auch ein markanter Anstieg der

Steuereinnahmen der juristischen Personen erwartet werden darf. Der wichtigste Punkt: Der Kanton Schaffhausen arbeitet seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung sehr erfolgreich daran, Schaffhausen als Wirtschafts- und Wohnortstandort weiter zu attraktivieren. Die Steuerbelastung ist eine der wichtigsten Standortkriterien im Wettbewerb um Neuzuzüger, Unternehmensansiedlungen und somit auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen und neuem Steuersubstrat. Der Kanton geht finanzpolitisch wegweisend voraus und präsentiert ein attraktives und nachhaltiges Steuersenkungsprogramm. Leider verpufft ein grosser Teil dieser positiven Energie, wenn die Stadt Schaffhausen - als grösste Gemeinde im Kanton mit knapp 50% aller KantoneinwohnerInnen - diese Strategie nicht aktiv mitträgt. “

Kurt Zubler (SP):

”Ich knüpfe gerne bei Daniel Preisig an, aber in die andere Richtung, und beantrage Ihnen im Namen der SP/AL-Fraktion, den Steuerfuss auf 99% anzusetzen. Ich greife Argumente aus der Eintretensdebatte auf. Wir haben die Ausführung der Finanzreferentin über die Schuldenlast gehört, obwohl diese im Vergleich zu anderen Städten nicht übermässig ist; aber sie ist doch so, dass sie in guten Zeiten abgebaut werden sollte. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne daran, dass die JSVP sogar einmal das Referendum gegen das Budget ergriffen hat, und dies vorwiegend mit dem Argument des Schuldenlastabbaus. Jetzt schlägt Daniel Preisig vor, den Steuerfuss zu senken. Damit baut man aber keine Schulden ab. Susanne Günter hat von der Weiterführung der Drittelsregelung gesprochen. Dies kann man nur bewerkstelligen, wenn man einen Überschuss, das heisst schwarze Zahlen generiert, sonst kann diese Regelung nicht umgesetzt werden. Sie „brechen“ aber zwei Drittel für nachhaltige gesunde Finanzen weg, nämlich Schuldenabbau und zukunftsgerichtete Investitionstätigkeit. Alfred Zollinger vermisst die Logik in den Ausführungen unserer Finanzreferentin und bemängelt den fehlenden finanzpolitischen Spielraum. Wenn man bei jeder Verbesserung der Lage den Steuerfuss senkt, schmilzt der finanzpolitische Spielraum wie Schnee an der Sonne. Ich möchte gerne mit Ihnen einen Pakt schliessen: Auf die Ausgabenseite muss ein gewisser Fokus gelegt werden - dies hat Walter Hotz schon erwähnt - und auf der Einnahmenseite müssen wir dafür sorgen, dass in guten Zeiten ein höheres Eigenkapital geschaffen und Schulden abgebaut werden, damit wir eine langfristig gute Finanzperspektive haben und nicht beim ersten hartnäckigen Konjunkturschnupfen an einer finanzpolitischen Lungenentzündung erkranken. Das ist nachhaltige und verantwortungsvolle Finanzpolitik. Beim ersten Anzeichen einer Verbesserung sofort Steuersenkungen - ohne eine solide Grundbasis - einzuleiten, ist nicht seriös. Das von Walter Hotz gewünschte schwarze Budget erreichen wir mit Steuersenkungen nicht, im Gegenteil, wir erreichen damit nur, dass es noch röter wird. Es wird damit auch keine nachhaltige Finanzpolitik betrieben. “

Rainer Schmidig (EVP):

”Ich appelliere an Ihre Vernunft: Wir haben jetzt gehört, wohin es auf beiden Seiten geht. Wir müssen doch ein Signal senden, das verlässlich ist, also eine Steuersenkung, die wir verkraften können. Wir müssen nicht ein Signal senden, dass wir die Steuern *jetzt* so weit senken, aber in *drei bis vier Jahren* wieder an eine Steuererhöhung denken müssen. Wer kommt dann noch nach Schaffhausen, wenn er weiss, dass die Steuern nach drei Jahren erneut erhöht werden? Bleiben Sie also bei 98%. “

Kurt Zubler (SP) und Daniel Preisig (JSVP) halten an ihren Anträgen fest. Mit dem in der Botschaft enthaltenen Budgetantrag bestehen drei Anträge, über die in der Folge abgestimmt wird.

Erklärung des Ratspräsidenten:

Gemäss Geschäftsordnung Art. 43 liegen somit drei gleichwertige Anträge vor, die zur Abstimmung kommen und die je nach Stimmenanteil gegeneinander ausgemehrt werden. Es sind 48 Stimmberechtigte (ohne Präsident) anwesend, das absolute Mehr beträgt 25 Stimmen.

Erste Abstimmung:

Budgetantrag 98%:	22 Stimmen
Antrag Kurt Zubler (SP) 99%:	17 Stimmen
Antrag Daniel Preisig (JSVP) 97%:	9 Stimmen

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag das absolute Mehr von 25 Stimmen erreicht hat.

Zweite Abstimmung Antrag Daniel Preisig (JSVP) 97% und Antrag Kurt Zubler (SP) 99%:

Antrag Kurt Zubler (SP) 99%:	23 Stimmen
Antrag Daniel Preisig (JSVP) 97%:	20 Stimmen

Dritte Abstimmung Budgetantrag 98% und Antrag Kurt Zubler (SP) 99%:

Budgetantrag 98%:	30 Stimmen
Antrag Kurt Zubler (SP) 99%:	18 Stimmen

Der Grosse Stadtrat heisst mit 30 : 18 Stimmen den im Budget gestellten Antrag mit einem Steuerfuss für das Jahr 2008 von 98% gut.

3. Die Lohnsummenentwicklung wird gemäss Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz mit **2,1%** festgelegt.

Urs Tanner (SP):

„Wie von Mariann Keller angekündigt, stellt die SP/AL-Fraktion den Antrag, die Lohnsummenentwicklung auf 2,8% festzusetzen. Nach Jahren der Politik des engen Gürtels ist es an der Zeit, unseren städtischen Angestellten nicht nur verbal zu loben, sondern monetär gerecht zu behandeln. Die Lohnzurückhaltung der letzten fünf Jahre soll belohnt werden, und ein Lohnzuwachs soll erfolgen, der mit der freien Wirtschaft vergleichbar ist. Dass die obersten Etagen der schweizerischen Wirtschaft sich selbst sehr gut bis unverschämt bezahlen, ist eine Binsenwahrheit. Leider haben sich auch die mittleren Kader der KMU dieser kollektiven Gier teilweise angeschlossen und ihre Bezüge bis zu durchschnittlich 30% „hochgebeamt“. Was wird von der Lohnrunde 2008 erwartet? Wir wissen, dass der Wirtschaftsmotor brummt, und von dieser soliden Lage sollen auch unsere städtischen Angestellten profitieren. Die Pharmabranche legt ihre Löhne mit 2,8% höher, die UBS spricht in ihrer Umfrage von durchschnittlich 2,4% Lohnerhöhung. Warum sollen wir nach fünf mageren Jahren die Steuern senken und unseren Leuten magere 2,1% geben? Wir wollen belohnen; wir wollen, dass die Schere zur Wirtschaft nicht noch grösser wird, sonst verlieren wir nämlich unsere besten Leute. Daher stellen wir Ihnen den Antrag, die Lohnsumme um 2,8% zu erhöhen. Wer heute die Nachrichten gehört hat, konnte erfahren, dass der Kanton Aargau eine 10%ige Steuersenkung beschlossen hat – das wird Ihnen sicherlich gefallen - aber gleichzeitig seinem Personal eine Anerkennung mit einer Lohnerhöhung von 2,5% zollt. Dieses Beispiel der monetären Anerkennung würden wir gerne folgen und stellen Ihnen den erwähnten Antrag.“

Alfred Zollinger (SVP):

"Dass ich mich gegen diesen Antrag von Urs Tanner wehre ist klar. Eigentlich bin ich erstaunt, dass Sie doch noch erwacht sind, weil Sie anlässlich der Diskussion über die Position 280 schon hätten reagieren müssen; dort haben wir nämlich Korrekturen angebracht, um minus Fr. 400'000.--, minus Fr. 130'000.-- und minus Fr. 102'000.--. Vor zwei Jahren haben wir A gesagt, jetzt sagen wir auch B. Der Kanton hat gestern die Lohnsummenentwicklung mit 2,2% beschlossen. Ich habe diese Zahl bereits ausführlich in meinem Bericht erklärt. Ich bitte Sie, beim Entscheid des Stadtrates von 2,1% zu bleiben; allerdings liegt die Verteilung dieser 2,1% in der Kompetenz des Stadtrates. "

Ernst Spengler (SVP):

"Ich vergönne niemandem den Lohn, aber Lohnerhöhungen bedeuten mehr Konsum, mehr Konsum bedeutet mehr Umweltbelastung und mehr Energieverbrauch. Die 2000 Watt-Gesellschaft lässt grüssen. "

Christian Hablützel (SP):

"Darauf werde ich gerne bei einer anderen Gelegenheit zurückkommen. Ich erinnere Sie daran, dass wir, wenn wir von der Teuerung sprechen, von einem völlig unfair ermittelten Index die Rede ist. Niedrigere Einkommen haben massiv höhere Ausgaben zu tätigen; Menschen und Familien, die praktisch ihre Löhne zu Null aufkonsumieren, haben hochgerechnet rund eine Teuerung von 3,4% zu verkraften. Ich spreche nicht von den Privilegierten, die von der Zusammensetzung des Index profitieren. Vor diesem Hintergrund möchte ich dem Personal eine Lohnerhöhung von 2,8% gönnen. "

Der **Ratspräsident** hält fest, dass die von der GPK korrigierte Lohnsummenentwicklung von 2,1% bisher unwidersprochen angenommen und erst zum jetzigen Zeitpunkt der Antrag der SP/AL-Fraktion gestellt wurde, der das Budget verändern wird.

Peter Möller (SP):

"Der Antrag auf zusätzliche Steuerfusssenkung hätte ebenfalls bei den Steuereinnahmen gestellt werden müssen, mit dem gleichen Argument. Die Steuersumme würde sich ja auch verändern, wenn wir von 98% und nicht von 97% ausgehen. Wenn diese Prozentzahlen in den Anträgen enthalten sind, können entsprechende Anträge auch dort gestellt werden. "

Urs Tanner (SP) hält an seinem Antrag einer Lohnsummenentwicklung von 2,8% fest.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 26 : 18 Stimmen den GPK-Antrag einer Lohnsummenentwicklung von 2,1% gut.

4. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

Wiederkehrende Ausgaben der Laufenden Rechnung:

8300.365.906 Schaffhausen Tourismus

Erhöhung des Beitrages von Fr. 118'000.-- auf Fr. 155'000.--

Fr. 37'000.--

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:

330.500.313, Zwinglikirche, Erneuerung Vorplatz und Parkplätze Fr. 250'000.--

331.503.358, Gewächshäuser, Erneuerung Fr. 500'000.--

343.503.366, Bühlplätze, Garderoben und Mittagstisch Fr. 400'000.--

942.703.12, Kammgarn, Ausbau Infrastruktur Fr. 370'000.--

(Anteil neue Ausgaben an Gesamtkosten von Fr. 940'000.--, die restlichen Fr. 570'000.-- sind gebundene Kosten)

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2008 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und die Anträge gemäss festgehaltenem Abstimmungsresultat mit **43 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN

Zusammensetzung der Spezialkommissionen:

SPK Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheids im Investorenwettbewerb:

OeBS/EVP: Paul Bösch, Iren Eichenberger (einladende Fraktion)

SP/AL: Andres Bächtold, Urs Fürer, Christian Hablützel, Peter Neukomm, Christoph Schlatter

FDP/jfsh: Christian Bächtold, Katrin Hauser-Lauber, Walter Hotz

SVP/JSVP/EDU: Josef Eugster, Werner Schöni, Alfred Zollinger

Erste Sitzung: 14.01.08, 17.00 Uhr

SPK Zusammenschluss der Gemeinde Hemmental mit der Stadt Schaffhausen:

SP/AL: Christa Flückiger, Peter Neukomm, Christoph Schlatter, Urs Tanner, Kurt Zubler (einladende Fraktion)

FDP/jfsh: Thomas Hauser, Walter Hotz, Dr. Raphaël Rohner

SVP/JSVP/EDU: Dr. Cornelia Stamm Hurter, Daniel Preisig, Ernst Spengler

OeBS/EVP: Alfons Cadario, Bernhard Egli

Erste Sitzung: 22.01.08, 18.00 Uhr

Die **nächste Ratssitzung** findet am Dienstag, 18.12.07, um 17.00 Uhr statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 21:24 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 11.12.07